Donnerstag, den 21. Juli 1921. 93. Jahrgang. – Nr. 168.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 6.– Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 18.– Mk., monatlich 6.– Mk., frei Haus. – Erscheint an allen Werktagen morgens. – Für unverlangte Einsendungen dafür die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. – Sprechstunden der Schriftleitung von 11–12 Uhr vorm. und 5–6 Uhr nachmittags. – Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. – Kostenlose Unfall-Unterstützung von 500 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 1. Fernsprecher 125. – Postscheckkonto Cöln Nr. 41494.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg.; außerhalb 50 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 1.75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 25 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. – Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Die Lehren des polnischen Aufstandes.

Von einem maßgebenden schlesischen Großindustriellen wird uns geschrieben:

Wer den polnischen Aufstand miterlebt hat, dem ist eindringlich klar geworden, daß die Loslösung des Industriegebietes von Deutschland unmittelbar dessen Zusammenbruch herbeiführen muß. Es muß hier zunächst noch einmal angeführt werden, daß auch das Abstimmungsergebnis den Polen keinerlei Ansprüche und Rechte auf Oberschlesien verleiht, und zwar deshalb nicht, weil dies Ergebnis gefälscht, und weil es durch Drohungen zustande gekommen ist. Diese Drohungen bezogen sich darauf, daß die Polen Rache nehmen und alles vertreiben würden, was seine deutsche Gesinnung mit dem Stimmzettel bekunden würde. Der Aufstand hat den Ernst dieser Drohungen bewiesen. Die Bevölkerung mußte fürchten, — daß, — falls ein Machtspruch wider Recht und Billigkeit Oberschlesien an Polen gab, — ein wahres Höllenleben für alle beginnen würde, die nicht für Polen abgestimmt hätten. Um dem zu entgehen, haben Tausende ihre Gesinnung verleugnet, d. h. nicht den deutschen, sondern den polnischen Stimmzettel abgegeben. Ohne diese Drohungen und Einschüchterungen hätte die deutsche Mehrheit nahezu 75 vom Hundert betragen. Also auch auf eine große Minderheit der polnischen Bevölkerung können sich die französischen Polenfreunde nicht einmal stützen. Das mag besonders Briand gesagt sein, der von einem polnischen Meer sprach, das die deutschen Städte verschlänge. Gerade in den Kreisen Pleß und Rybnik war der Druck der Polen besonders wirksam, weil hier zwar an sich eine starke polnische Bevölkerung besteht, und weil die Polen überall vor der Abstimmung verbreiteten, daß diese Kreise gewiß an Polen fielen. Ohne diesen Druck und diese Drohungen wäre in Pleß und Rybnik die deutsche Abstimmungsminderheit erheblich größer gewesen.

Der polnische Aufstand war nicht nur ein Märtyrtum für die oberschlesische Bevölkerung, er hat auch das Industriegebiet nahezu zu Grunde gerichtet. Die völlige Abschnürung von Deutschland führte zu einer Stockung der Wirtschaft, die Korfanty mit seinen kläglichen Mitteln überhaupt nicht beheben konnte. Er hatte großspurig versprochen, den oberschlesischen Erzeugnissen Absatzmärkte in Polen zu öffnen; aber schon in den ersten Wochen waren die Grenzbahnhöfe mit Kohlenzügen vollgestopft, da Polen nicht entfernt in der Lage war, diese Mengen aufzunehmen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich dies nach der Rückkehr von Ordnung und Sicherheit ändern würde. Zunächst ist unwahrscheinlich, daß Oberschlesien unter polnischer Herrschaft überhaupt zu geordneten Zuständen käme. Es sind im Korfanty-Aufstand so viele politisch-radikale Elemente angeschwemmt worden, daß diese wohl versuchen werden, das ganze Industriegebiet dem Bolschewismus auszuliefern. Das wäre die einzigste Frucht der polnischen Herrschaft. Weiter kommt in Betracht, daß Polen für unabsehbare Zeit die oberschlesischen Fabrikate nicht aufnehmen kann, weil ihm dazu die Voraussetzung einer eigenen Industrie fehlt, die Polen aus sich heraus auch nicht zu entwickeln vermag. Die völlige Abschnürung des Aufstandsgebietes hat aber noch ein Anderes gezeigt: nämlich die völlige Abhängigkeit der oberschlesischen Wirtschaft von Deutschland. Der größte Teil der oberschlesischen Roheisenerzeugung sowie der Halbfabrikate muß sich den Absatz in Deutschland suchen. Umgekehrt aber muß die oberschlesische Industrie ihre Maschinen und Werkzeuge aus Deutschland beziehen. Ebenso ist Oberschlesien auf die Versorgung mit Lebensmitteln und Textilfabrikaten aus Deutschland angewiesen. Polen kann weder das Eine noch das Andere bieten. Daher denn auch die furchtbare Not, die nach dem Aufstand in Oberschlesien eingesetzt hat. Und noch ein Drittes kommt hinzu. Die oberschlesische Industrie ist buchstäblich durch deutsche Arbeit geschaffen worden. Ohne die hochwertigen deutschen Arbeiter und Angestellten, Ingenieure und Werkführer läßt sie sich nicht mehr aufrecht erhalten. Aber gerade die deutschen Arbeiter, Angestellten usw. würden sich unter polnischer Herrschaft in Oberschlesien nicht halten können. Sie waren es ja, gegen die sich die Wut des polnischen Aufstandes besonders richtete. Die Absicht ist klar. Oberschlesien sollte auf diese Weise mit Gewalt polonisiert werden. Was dann weiter geschehen würde, darum haben sich Korfanty wie seine Banden nicht bekümmert. Es ist nicht nur ein Verhängnis, es ist ein schwerer Fehler, daß der Ausschuß der Verbündeten in Oppeln das Treiben des Korfanty überhaupt geduldet hat. Es wird Jahre dauern, bis sich die Spuren dieses Treibens vertilgen lassen. Wenn aber Polen Oberschlesien zugeteilt bekäme, dann bliebe der Industrie nichts Anderes übrig, als sofort abzurüsten. Gering gerechnet, beträgt der Schaden, den der Aufstand dem Industriegebiet zugefügt hat, über 15 Milliarden Mark. Er wächst aber umsomehr, je länger es dauert, bis die oberschlesische Wirtschaft die normalen Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen kann. Es ist übigens nicht nur nationalistische Verblendung und Selbstüberschätzung, wenn die Polen behaupten, sie brächten es fertig, das Industriegebiet ausreichend zu beschäftigen.

Die Absicht der Polen ist ja, Oberschlesien in eine einzige Waffenwerkstätte umzuwandeln, um so — von ausländischen Munitionszufuhren unabhängig —, nach allen Himmelsrichtungen imperialistische Raubkriege zu führen. Deshalb vertreiben sie auch die deutschen Arbeiter und Angestellten, damit kein Unberufener Einsicht in diese Geheimnisse polnischer Wirtschaft gewinnt. Würde also Oberschlesien polnisch, so würde dies eine dauernde Kriegsgefahr für Europa bringen. Ob und wie weit sich diese polnischen Absichten auf das Industriegebiet technisch und wirtschaftlich ausführen lassen, ob es den Polen überhaupt gelingt, die Maschinen in Gang zu bringen, braucht hier nicht untersucht zu sein. Tatsache ist jedenfalls, daß die polnische Gier auf Oberschlesien nicht nur durch die Kohlenschätze bedingt ist, daß sie sich vielmehr auch eine Rüstungsindustrie schaffen wollen, um, — wie das die Journalisten ankündigen, — in wenigen Jahren eine europäische Großmacht zu sein.

Französische Annexionsdokumente.

Frankreichs Gelüste auf die Saargruben.

Bis zu welchen Unwahrheiten sich die französische Politik zu versteigen wagt, beweist am schlagendsten das „Gutachten", auf Grund dessen am 19. April in der französischen Kammer das Gesetz zur Schaffung eines Bergamts für die Staatsgruben im Saargebiet angenommen wurde. Dieses Gutachten, das demnächst von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" Berlin als eines der wichtigsten Dokumente der französischen Annexionspolitik im Saargebiet veröffentlicht werden wird, spricht ganz offen aus, Frankreich habe zwei Aufgaben im Saargebiet zu erfüllen:

„Die Saargruben industriell auszubeuten .... Aber — so heißt es weiter — wir müssen diese Ausbeutung dem politischen Ziele unterordnen, das darin besteht, die völlige Rückkehr des ganzen Saargebiets an Frankreich vorzubereiten."

Sodann wird ganz nach dem Muster der französischen Propaganda für Elsaß-Lothringen von einer

Wiedergutmachung des Unrechts von 1815

gesprochen. Das ist grotesk, aber es hat seine bestimmte Methode, eine ganz raffinierte. Die Bezeichnung ist geradezu grotesk. Nie gehörte das Saargebiet in seiner tausendjährigen Geschichte zu Frankreich. Nur vorübergehend war es als Grenzgebiet in Kriegszeiten durch Militärgewalt okkupiert, unter Ludwig XIV., der Revolution und Napoleon I. Stets gegen den Willen der Bevölkerung, die gerade 1815, als sie befürchten zu müssen glaubte, Deutschland werde sie in den Friedensverhandlungen preisgeben, eine Deputation an den König von Preußen schickte und Aufnahme in den preußischen Staatsverband verlangte. Die Okkupation durch die Heere der Revolution und Napoleons wurde von der ganzen Bevölkerung stets als eine Fremdherrschaft angesehen, genau wie die heutige Verfassung von der jetzigen Bevölkerung. Es ist darum eine

schamlose Tendenzlüge,

wenn das „Gutachten" der französischen Kammer erklärt, „selbst der Wille der Bevölkerung, der sich seit der Trennung 1815 ununterbrochen kundgetan hat, ist der These Wilsons, den 14 Punkten geopfert worden." Wann tauchte jemals in der Bevölkerung der Wunsch auf, zu Frankreich zu gehören? Es würde schwer fallen, auch nur ein Dokument dafür aufzubringen, das all denen entspräche, in welchen sich der gesamte Volkswille so restlos für Deutschland kundgibt. Nur zweimal kam die Bevölkerung, obwohl sie ein exponiertes Grenzgebiet bewohnt, dazu, ihren Willen in politischer Zugehörigkeit auszusprechen, 1815 und heute. Beide Male sprach sie sich

widerspruchslos für Deutschland

aus. Es ist barer Unsinn, wenn das Gutachten ferner behauptet, die Bevölkerung habe seit ihrer sogenannten „Trennung" unaufhörlich ihre Zuneigung zu Frankreich zu erkennen gegeben. Die Chronik des Saargebiets im Kriege von 1870-71 gibt tausend Beweise des geraden Gegenteils.

Im Saargebiet gibt es nur einen einzigen Mann, der sein Vaterland offen an die Franzosen verraten wollte, Justizrat Dr. Muth. Er unterbreitete den Franzosen Vorschläge zur Gewinnung des Saargebiets. Damit hat die Bevölkerung nichts zu tun gehabt, ja nicht einmal seine Parteigenossen. Sobald die Handlungsweise bekannt geworden war, wurde dieser Mann von der Bevölkerung verfehmt und aus seiner Partei, der Zentrumspartei, ausgeschlossen.

Wenn die Zuneigung der Bevölkerung zu Frankreich so groß ist, warum äußert sie sich niemals offen? Warum schlägt das Gutachten eine großzügige französische Propaganda vor, die von den Ingenieuren und Beamten des Saarbergamts getrieben werden soll? Das Gutachten stellt deshalb die Behauptung auf, die Bevölkerung sei durch Zuzug aus dem Rheinland und aus Preußen zu einer Mischbevölkerung geworden. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, als gebe es im Gegensatz zu dieser Zuzugsbevölkerung eine ursprüngliche, die französisch sei. Damit soll wieder die These von der Trennung 1815 gestützt werden. Die Bevölkerung war aber 1815 genau so wie beim Beginn der Okkupation 1793 und genau so wie heute reindeutsch.

Im Saargebiet ist die

alte französische Politik

am Werk, nach deren Methode der Sonnenkönig, die Revolutionshelden, die Napoleoniden und heute auch die dritte Republik ihre Annexionen vorbereitet: Erst irgendwelche Gerechtsame schaffen oder konstruieren, und dann davon ausgehend das volle Recht auf das Gebiet fordern. Heute erstreckt sich Frankreichs Recht nur auf den materiellen Besitz der Kohlenzechen. Die Regierungskommission des Völkerbundes treibt ihm aber schon heute ein Recht nach dem andern zu, schafft ihm Handhaben, die später erst wirkungsvoll im französischen Sinne werden sollen.

Aber ein Recht kann Frankreich nicht für sich in Anspruch nehmen: das Recht auf das freie Gefühl, deutsch zu sein, das in der Bevölkerung um so lebendiger lebt, als es immer wieder durch die französischen Angriffe aufgestachelt wird. Trotz allem und allem, was Frankreich versucht mit Gewalt, List und Verlockung, das Volk bleibt deutsch und kehrt bei der ersten Gelegenheit, spätestens durch freie Willensäußerung nach 13½ Jahren zur deutschen Mutter zurück.

Französische Anleihen.

Die finanzielle Lage Frankreichs wird von Tag zu Tag heikler inmitten dieser politisch-militärischen Intrigen, die fortgesetzt Europa unterwühlen. Einige Ziffern mögen das veranschaulichen. Die französische Regierung hat neuerdings ganz unerwartet eine Anleihe von 300 Millionen Franken bei der Bank von Frankreich machen müssen, hierdurch steigt die Gesamtsumme der Vorschüsse auf 25 Milliarden 300 Millionen Franken (mehr als 300 Millionen hiervon sind als Dauerzuschüsse gedacht). Dementsprechend hat der Umlauf der Banknoten im Laufe einer Woche um 250 Millionen Franken zugenommen. Infolgedessen hat sich der Wechselkurs von London und Newyork von neuem ein wenig gehoben.

An der Pariser Börse herrscht unaufhörlich Panik und man kann ständig ein Fallen der Kurse für alle möglichen Werte beobachten. Die Folge hiervon ist eine zunehmende Nervosität nicht nur in französischen Industrie- und Finanzkreisen, sondern auch bei den französischen Rentnern, die ihr geliebtes Geld zu verlieren fürchten.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Croquer, hat einige unangenehme Eingeständnisse machen müssen. So, daß die Neuorganisation der Eisenbahnen neue Staatsanleihen erforderlich macht.

Aus Furcht, den Unwillen der Oeffentlichkeit zu erregen, nimmt man von einer Erhöhung der Eisenbahntarife noch Abstand. Das Defizit wird sodann bis zum Jahre 1926 durch neue Anleihen gedeckt. Zwar tritt die Tatsache, daß der Staat die Anleihen macht, nicht in Erscheinung, vielmehr sieht es so aus, als ob es von den Gesellschaftern aus geschehe. Später jedoch wird das Geld vom Staat in Form von Annuitäten an die Gesellschaften zurückgezahlt, und zwar für den doppelten Dienst der Zins- und der Abzahlungsleistung.

Diese Verschleierungspolitik kennzeichnet nur eine von den vielen Schwindeleien. Die ganze Finanzpolitik Frankreichs ist eine blinde Selbstmordpolitik, um der Stunde der Abrechnung mit denen aus dem Wege zu gehen, die noch heute am Ruder sitzen.

Korfanty an der Arbeit.

Ein Pariser Privattelegramm der „Köln. Ztg." besagt: Die Anwesenheit Korfantys in Paris macht sich bereits bemerkbar. Der ehemalige Kriegsminister André Lefèvre veröffentlicht im „Journal" einige angebliche Dokumente, durch die er den Beweis liefern will, daß die Führer der Orgesch offen einen neuen Gewaltstreich in Oberschlesien vorbereiten. Er sagt, daß die Entwaffnung der 45 000 Mann des Generals Höfer nicht dazu geführt habe, der Kanonen und des Luftschiffmaterials habhaft zu werden, deren sich das Freikorps Höfer bedient habe. Die Dokumente, die Lefèvre veröffentlicht, sind ihm sicher von Korfanty in die Hände gespielt worden. Das ist das alte System, mit dem die Polen in Paris zu arbeiten pflegen. Als vor einigen Monaten der Kollege Korfantys, Rakowsky, sich in Paris aufhielt, hat auch er nichts anderes getan, als die Pariser Blätter reihenweise mit zum größten Teil gefälschten Dokumenten, die dann in der Presse zumeist in Faksimile veröffentlicht wurden, zu bedienen. Wenn diese Reihe von Veröffentlichungen wieder beginnen sollte, wird es notwendig sein, von vornherein davor zu warnen. André Lefèvre läßt übrigens seine Befriedigung darüber aus, daß Ministerpräsident Briand, der noch vor wenigen Tagen in der Kammer seine Anklagen gegen Deutschland für übertrieben gehalten habe, jetzt in einer amtlichen Auslassung die Lage in Oberschlesien weit schlimmer schildere als er, Lefèvre, sie dargestellt habe. — Ministerpräsident Briand kann völlig zufrieden sein.

Die Voraussetzung.

Von G. H. Kockelkorn.

Der Feind steht draußen! Ihn gilt es zu erkennen und so plastisch vor das deutsche Volk hinzustellen, daß es den Mut zum Parteihader verliert, wenigstens in den wirtschaftlichen Fragen des Ultimatums, die jetzt über das Geschick Europas, nein der ganzen Weltwirtschaft entscheiden.

Wir sollen zahlen ... zahlen ... Milliarden zahlen! Goldmilliarden, nicht Papiermark! Gold gab es bei uns in der Vorkriegszeit. In diese muß man zurückgehen, wenn man sich vorstellen will, was auch nur eine Milliarde Goldmark bedeutet.

Versuchen wir zunächst uns die Bedeutung einer einzigen Milliarde Goldmark in ländlichen Werten vorzustellen. Ein Morgen guter ostpreußischer Boden mit Inventar war 1914 wert 300 Goldmark, d. h., um eine Milliarde Goldmark in ländlichen Werten bezahlen zu können, müßte man ungefähr den ganzen befestigten Grundbesitz Ostpreußens verpfänden.

Rechnen wir jetzt eine Milliarde Gold in städtischen Grundbesitz um, so ergibt sich folgendes: Ein städtisches Durchschnittshaus in der Provinz, das 30 Personen Wohnung gibt, kostete 1914 etwa 100 000 Goldmark. Zehntausend solcher Häuser stellen also den Wert von einer Milliarde Goldmark dar. In diesen zehntausend Häusern wohnen 300 000 Menschen, d. h., wir müßten den gesamten Haus- und Grundbesitz einer Stadt wie Hannover, Dortmund, Nürnberg, einschließlich Straßen und Kanalisation, jedoch ohne industrielle Anlagen, abtreten, um eine einzige Milliarde Goldmark in städtischen Werten zu bezahlen. Wir sollen aber viele Milliarden Goldmark bezahlen, viele und immer wieder neue Goldmilliarden.

Wer soll sie zahlen? Wir; das verarmte Deutschland, unsere verstümmelte Wirtschaft, unser geschwächtes Volk.

Wie soll das möglich sein? Durch Steuern ... Steuern ... durch Verdoppelung, Verdreifachung der Steuern. Mit einer kleinen Einschränkung, es geht nicht. Mit dem besten Willen kann man nicht mehr als 100 Prozent, d. h. das ganze Einkommen und Vermögen abgeben. Nun steigen aber manche Steuern jetzt schon zu 60 Prozent, 65 Prozent, ja 75 Prozent des Einkommens, der Erbschaft usw. empor. Hier ist eine Verdoppelung also ausgeschlossen. Wir, die wir das Ultimatum abgelehnt haben, wehren uns sowohl dagegen, daß man den Arbeitnehmern den Lohn, wie dem Arbeitgeber das letzte Betriebskapital wegsteuert. Durch Steuern sind also die Milliarden des Ultimatums nicht aufzubringen. Vielleicht geht es aber auf dem Wege des wirtschaftlichen Ausverkaufs, dadurch, daß wir unsere industriellen Werke, unsern ländlichen Besitz, das Vermögen des Staates, der Gemeinden und Gesellschaften dem Feinde verpfänden. Was bliebe dann übrig? Eine Arbeits- und Strafkolonne, die von dem unduldsamsten und unsozialsten Kapitalismus der Welt, dem Kapitalismus der Entente, schrankenlos regiert würde. Nur das nicht, wir wollen ein freies Volk bleiben, frei, wie unsere Väter waren! Durch Hebung der Produktion, durch gewaltige Steigerung unserer Ausfuhr wird es gehen? Nein, auch das ist eine Illusion! Wenn wir wirklich Waren in Hülle und Fülle produzieren könnten, man würde sie uns nicht abkaufen. Schon jetzt sperren sich die feindlichen und neutralen Länder gegen die deutsche Einfuhr. Alle Industrieländer sind mit Waren vollgepfropft. Die Erfahrung hat gezeigt, daß fast alles, was wir den Feinden in Massen liefern mußten, für sie zum Verhängnis geworden ist. Gift für ihre Wirtschaft war. So hat die von England heiß ersehnte Auslieferung der deutschen Handelsflotte das englische Reedereiund Verfrachtungsgeschäft ruiniert; alles, was nach Amerika fließt, wird zu Gold und erhöht automatisch die Valutamauer, hinter welcher die Vereinigten Staaten als der moderne Midas im eigenen Golde ersticken. Die Reparation ist eben mehr als eine deutsche Frage, mehr als nur eine europäische, sie ist eine Frage der Weltwirtschaft schlechthin. Zu ihrer Lösung genügt nicht bloß der gute Wille Deutschlands, sondern die Einsicht aller Beteiligten, der feindlichen wie der neutralen Länder. Erst wenn diese Erkenntnis der Welt aufdämmert, wird sich eine vernünftige Uebereinkunft erzielen lassen. Wird es aber nicht zulange dauern bis über den Weg der bitteren Erfahrung die Vernunft bei den Feinden einkehrt? In einem Falle gewiß! Wenn nämlich deutsche Parteien und deutsche Minister nach wie vor die Sache so darstellen, als ob die Erfüllung des Ultimatums lediglich von dem guten Willen Deutschlands abhinge.

als ob es Bevölkerungsgruppen und Parteien gäbe, die das Reparationswerk vorsätzlich sabotierten. Dann müssen wir alle Hoffnung fahren lassen. Es ist also Verrat der deutschen Wirtschaft, Verrat auch der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Arbeiters, wenn die „Sozialistische Korrespondenz für In- und Ausland" erklärt, daß die Rechtsparteien nicht erfüllen wollen. Wir können nicht erfüllen. Es gibt gar kein Weg, auf dem das Ultimatum der Entente erfüllt werden könnte. Sinnlos ist auch der von der genannten Korrespondenz für den Herbst angekündigte Kampf der „Proletarier gegen die Besitzer von Goldwerten". Selbst wenn dieser Kampf im Sinne der Sozialisten und Kommunisten ausginge, würden die „Sieger" doch nur den sozialen und deutschen Kapitalismus gegen den rückständigen und unsozialen der Entente eintauschen. Ist nicht auch anstelle des deutschen Militarismus der Negermilitarismus Frankreichs getreten?

Der Feind steht draußen! Die erste und grundlegende Voraussetzung für jede mögliche und unerträgliche Lösung des Reparationsproblems bleibt, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten — unbeschadet des guten Willens — die Unerfüllbarkeit des Ultimatums betont, denn die Festsetzung des Möglichen und Erfüllbaren hängt nicht von unserm guten Willen, sondern von der Einheit der Feinde ab.

Kirche und Schule.

Die Frage der neunjährigen höheren Schule

ist in der Sitzung des Reichsschulausschusses am 7.—9. Juni bekanntlich in dem Sinne entschieden worden, daß grundsätzlich an dem 9jährigen Lehrgang, wie er von allen Fachleuten für unbedingt notwendig erklärt wird, festzuhalten ist. Dem Vernehmen nach hat sich nur eine verschwindend kleine Minderheit der im Reichsschulausschuß vertretenen Länder (man spricht von 2 Stimmen) für eine Verkürzung ausgesprochen. Allerdings sollen Versuche mit der 8jährigen Dauer an besonders geeigneten Schulen, ferner eine Abkürzung des Lehrganges für einzelne begabte Schüler zugelassen sein. Die Versuche mit einer 8jährigen höheren Schule an dafür geeigneten Anstalten dürften daran scheitern, daß es eine besondere Eignung hierfür überhaupt nicht geben kann. Es bleibt nur die Möglichkeit offen, besonders begabten Schülern ein rasches Durchlaufen entweder der Grundschule oder der höheren Schule zu gestatten. In diesem Sinne hat sich neuerdings auch der Wahlkreisschulausschuß Westfalen Nord in der Deutschen Volkspartei ausgesprochen, der folgenden Beschluß faßte: „Der Wahlkreisschulausschuß Westfalen Nord ist grundsätzlich für den Besuch einer vierjährigen Grundschule und für die Beibehaltung der neunjährigen höheren Schule. Geeigneten Schülern ist aber die Möglichkeit offenzuhalten, nach dreijährigem Grundschulbesuch in die Sexta eintreten zu können. Um einen besseren Anschluß zwischen Volks- und höheren Schulen zu finden, ist sehr zu empfehlen, daß die Lehrerschaft beider Schulen sich zur Beratung über den Lehrstoff zusammenfindet und verständigt."

Die im letzten Satze gegebene Anregung verdient erhebliche Beachtung. Versuche in dieser Richtung sind in mehreren Städten Westdeutschlands u. a. in Münster, auch bereits unternommen worden und dürften nach dem Inkrafttreten des Grundschulgesetzes an Bedeutung gewinnen.

W. P. C.

Soziales Leben.

Vor einer neuen Lohnbewegung im Ruhrbergbau.

Q **Bochum**, 20. Juli. In vielen Versammlungen und Bezirkskonferenzen der einzelnen der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau angehörenden Bergarbeiterorganisationen des Ruhrreviers beschäftigte man sich vornehmlich mit der Lohnfrage. Es wurden Entschließungen angenommen, welche die Leitungen der Bergarbeiterverbände ersuchen, mit Rücksicht auf die steigenden Preise der Lebensmittel, der sonstigen Bedarfsartikel sowie unter Hinweis auf erfolgte Aufschläge der Wohnungsmieten ernstliche Schritte zur Aufbesserung der Löhne zu unternehmen. Die Leitungen der einzelnen Bergarbeiterorganisationen haben sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt. Erneute Verhandlungen zur Erhöhung des Reallohnes ohne Verfahrung von Ueberschichten werden angebahnt. Eine gleiche Bewegung hat unter den Mitgliedern der der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau angeschlossenen Angestelltenorganisationen eingesetzt.

Die verschärfte Zugkontrolle am Rhein.

Düsseldorf, 20. Juli. (Köln. Ztg.) Die neue Erschwerung des Personenverkehrs hat heute nach Mitternacht begonnen. Im Düsseldorfer Stadtbezirk kommen drei Kontrollbahnhöfe der Rheinzollgrenze in Betracht, Düsseldorf-Derendorf, Düsseldorf-Rath und Düsseldorf-Gerresheim. Auf dem Bahnhof Derendorf, der die dichteste Folge an Personen-, Eil- und D-Zügen aufweist, konnte man in dem Zeitraum von einer Stunde heute früh die Kontrolle von acht D-Zügen und Personenzügen beobachten. Deutsche Zollbeamte prüften die Gepäckwagen und dann die Personenwagen. Die Ausbeute war sehr gering. Nur aus einem Personenzuge in der Richtung nach dem unbesetzten Gebiet wurden drei Reisende, die große verschnürte Packen bei sich führten, herausgeholt. Sie mußten die Fahrt unterbrechen und mit ihrem Gepäck ins Bureau der Zollstelle kommen. Der Aufenthalt dieser acht Schnellzüge schwankte zwischen drei und zehn Minuten. Auch bei dem vorhergehenden Personenverkehr seit Mitternacht schien die Ausbeute nicht nennenswert gewesen zu sein. Es waren nur zwei kleinere Pakete mit Textilwaren zu entdecken.

Wie sich diese neue Erschwerung unseres Verkehrs in den nächsten Tagen weiter entwickeln wird, darüber liegen noch gar keine Anhaltspunkte vor. Auf dem Bahnhof Derendorf waren keine französischen Uniformen zu erblicken. Im Gegensatz zu der am 20. April zum ersten Male einsetzenden Zugkontrolle waren diesmal weder französische Offiziere noch Soldaten auf dem Bahnhof anwesend. Im April hatte die Kontrolle der Personenzüge nicht lange gedauert. Am 20. April wurde sie begonnen und bereits am Abend des 21. Aprils wurde sie wieder aufgehoben.

Frankfurt a. M., 20. Juli. Die hiesige Eisenbahndirektion hat, wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, noch bis zur letzten Stunde gehofft, es werde sich die Aufstellung eines neuen Fahrplans mit 20 Minuten Aufenthalt an den Zollgrenzen vermeiden lassen, nachdem doch erst vor einigen Wochen ein neuer Sommerfahrplan mit erheblichen Verkehrsverbesserungen eingeführt worden war. Auch die Bemühungen des Auswärtigen Amtes sind erfolglos geblieben. Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Zollprüfung an den Grenzbahnhöfen der Rheinzollinie keinerlei, auch nur irgendwienennenswertes Ergebnis gebracht. Trotzdem wird nun diese erhebliche Verschärfung der Sanktionen angeordnet, die nur die eine Wirkung haben kann, daß der innerdeutsche Verkehr außerordentlich gehemmt wird, und daß zahlreiche Anschlüsse beim Uebergang in das unbesetzte Gebiet auch künftig nicht mehr erreicht werden können.

Darmstadt, 20. Juli. Neue Zollschwierigkeiten wird es vom 20. Juli an der wichtigen Kreisstraße Darmstadt-Griesheim als Hauptübergangsader vom unbesetzten ins besetzte Gebiet geben. Die französische Zollkontrolle hat die Abfertigungsstunden auf nur zweimal am Tage, und zwar um neun Uhr morgens und drei Uhr nachmittags beschränkt, während bisher die Kontrolle nach Bedarf erledigt wurde. Mit dieser Neuordnung ist eine geradezu verkehrsabschneidende Wirkung verbunden.

Kunst und Wissen.

A. **Emil Peeters**, der bisherige Kapellmeister unseres Schauspiels, der nunmehr außerdem Operndramaturg von Bochum-Duisburg geworden ist, läßt an eigenen Werken 1921/22 aufführen: „Don Gil-Suite" in Köln (Gürzenich), Duisburg, Berlin (Prof. Krasselt), „Sinfonische Musik", sein neuestes Werk, in Berlin (Scheinpflug), und zum zweiten Male in Bochum; in Köln und Duisburg wird er selbst die Leitung haben.

Handel und Industrie.

Tagung des rhein.-westf. Einzelhandels.

s. **Essen**, 20. Juli. Im städt. Saalbau fand heute eine Tagung für den gesamten Einzelhandel des rhein.-westf. Industriebezirks statt. Sie war aus ganz Rheinland und Westfalen sehr rege besucht. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen zwei Vorträge; zunächst sprach Reichstagsabg. Oberbürgermeister a. D. Dr. Most-Duisburg über das Thema: Der Einzelhandel und die Ausführung des Ultimatums. Der Redner schilderte die Auswirkung des Ultimatums im einzelnen auf unser Wirtschaftsleben unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Er drückte die Ueberzeugung aus, daß Deutschland nicht in der Lage sein wird, das angenommene Ultimatum in seinem vollen Umfange zu erfüllen. Auf alle Fälle aber erfordere die durch das Ultimatum in Deutschland geschaffene Lage die Aufgabe der fiskalischen Steuerpolitik und den unbedingten Uebergang zur positiven Wirtschaftspolitik. Im Interesse des Einzelhandels forderte er vor allen Dingen die unveränderte Beibehaltung der gegenwärtigen Umsatzsteuer, wie überhaupt bei der kommenden Steuerpolitik größtmöglichste Schonung des kleineren und mittleren Kapitals und Vermögens. Den zweiten Vortrag hielt Landtagsabg. Johannes Jansen-Barmen über das Thema: Gegen den 6 Uhr-Ladenschluß. Er sprach sich energisch gegen jede weitere Verkürzung der Verkaufszeit aus. Im Anschluß an die beiden Vorträge stand folgende Entschließung zur Besprechung:

„Die Vertreter des Einzelhandels im rhein.-westf. Industriegebiet nehmen in einer rege besuchten Versammlung der Einzelhandelsverbände Stellung zu den Bestrebungen, die Verkaufszeit in den Geschäften auf 6 Uhr zu beschränken. Die Versammlung erklärt sich gegen jede Verkürzung der reichsgesetzlich festgelegten Arbeits- und Verkaufszeit. Der 7 Uhr-Geschäftsschluß ist geboten für Verbraucher sowohl wie für Verkäufer. Der sich immer mehr breit machende Verkauf in Lokalen und an öffentlichen Verkehrsstellen, der Handel im Umherziehen, insbesondere das Fehlen der öffentlichen Kontrolle, schädigen den seßhaften Kaufmannsstand derart, daß er eine Verkürzung der notwendigen Verkaufszeit energisch zurückweisen muß. Es wäre unausbleiblich, daß durch den 6 Uhr-Geschäftsschluß ungewollt die Betriebe in Außenbezirken das Gesetz übertreten müssen, da der Konsum bis 6 Uhr abends nicht befriedigt werden kann. Damit erleiden die Geschäfte in den Verkaufszentralen, in denen zumeist Personal und Angestellte beschäftigt werden, sicher Schaden, der auf diese sich auswirken müßte. Die Versammlung lehnt aus diesen Gründen jede Veränderung der Arbeitszeit und Verkürzung der Verkaufszeit ab. Auch örtliche Festsetzung der Verkaufszeit wird aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht gutgeheißen.

Bei der Abstimmung wurde diese Entschließung einstimmig angenommen und der Vorstand beauftragt, bei Reichstag und Regierung die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um dieser Entschließung Nachdruck zu verschaffen, bevor sich die zuständigen Stellen erst mit entsprechenden Gesetzesvorlagen befassen.

* **Die Verkehrslage im Ruhrrevier.** Die Lage im Eisenbahnbetrieb des Ruhrbezirks war in der letzten Woche, wie in den Vorwochen, bei mäßig starkem Güterverkehr weiter befriedigend. Wegen des kürzlich ausgebrochenen Streiks der Maschinisten und Heizer der Schlepper auf dem Rhein wird voraussichtlich ein Teil der Mengen, die wegen des Streiks auf dem Rhein nicht geschleppt werden können, auf die Eisenbahn übergeben. Dieser neue Verkehr wird auch an den Wagenpark erhöhte Anforderungen stellen. — Für Kohlen, Koks und Briketts wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt, einschl. der nachträglich bestellten Wagen, 19 852 Wagen (gerechnet zu je 10 To.) angefordert und gestellt. (Höchstgestellung am 15. Juli 19 870). In dem gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 18 333 Wagen. — Die anhaltende Trockenheit und hohe Tagestemperatur der letzten Woche hat ein ziemlich starkes Sinken des Rheinwasserstandes zur Folge gehabt. Der Cauber Pegel zeigte am 16. Juli nur noch einen Stand von 1,34 Meter. Der Rückgang des Wassers hält weiter an. Abgesehen von der verminderten Auslastung der Fahrzeuge wird der Schiffahrtsbetrieb und die Abbeförderung der fertiggestellten Fahrzeuge durch den bereits erwähnten Streik empfindlich beeinflußt. Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen bezifferte sich auf 25 108 (26 578) To. Der Brennstoffumschlag in den Zechenhäfen der Kanäle betrug 23 423 (22 728) To.

* **Steffens u. Noelle, Essen.** Die Gute Hoffnungshütte und die Steffens u. Noelle, A.-G. haben gemeinsam ein neues Handelsunternehmen Steffens u. Noelle, Essen, G. m. b. H., mit dem Sitz in Essen errichtet. Die neue Gesellschaft wird in bestimmten Absatzgebieten einen Teil der Erzeugnisse der Guten Hoffnungshütte verbreiten und die bisherige Handelsabteilung der Filiale Essen der Steffens u. Noelle A.-G. weiterführen. Als Geschäftsführer sind bestellt: das Vorstandsmitglied der Steffens u. Noelle A.-G. Herr W. Leese und Herr H. Klemme von der Guten Hoffnungshütte.

* **Westfälisches Verbands-Elektrizitätswerk, A.-G., Krückel.** Die Generalversammlung beschloß die Durchführung des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. August 1920 und die neuen 8700 Aktien nicht an der Dividende für 1920 teilnehmen zu lassen. Für das Geschäftsjahr 1921/22 sind sie voll dividendenberechtigt. Die Vergütung für den Aufsichtsrat wurde mit 100 000 Mk. festgesetzt. Die Dividende beträgt 8 Prozent. Auf neue Rechnung vorgetragen werden 48 855 Mark. Das Geschäftsergebnis entspricht nicht den Erwartungen, da die Strompreise nicht erhöht werden konnten, Löhne und Gehälter aber erheblich stiegen; auch mußte für neue Anlagen das 15—20fache des Friedenspreises gezahlt werden.

* **Wiederaufnahme der englischen Kohlenausfuhr.** Die ersten englischen Kohlentransporte sind in Antwerpen wieder angekommen. Im dortigen Hafen liegen noch 15 000 To. belgische Kohlen, die für England bestimmt waren. Der belgische Kohlenmarkt hat sich infolge der englischen Konkurrenz wieder stark verschlechtert.

* **Die Gründung der Rhein-Main-Donau-A.-G.** zum Bau der großen Schiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau ist in der Sitzung am 19. Juli beschlossen worden. Der Sitzung wohnten u. a. bei: Staatssekretär Kirschstein vom Reichsverkehrsministerium, Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Vertreter der bayrischen Ministerien und bayrischen Städte, sowie norddeutscher Städte und dem unteren Main. Ministerialdirektor Dr. v. Graßmann leitete die Verhandlungen ein. Es wurde ein Gründungsausschuß eingesetzt, der die Satzungen der Gesellschaft vorberät, einen Prospekt ausarbeitet und die weiteren Vorbereitungen für die Gründung der A.-G. im Einzelnen trifft. Dem Gründungsausschuß gehören an: Ein Vertreter des Reichs, als Vertreter Bayerns Ministerialdirektor Dr. v. Graßmann, Stadtrat Dr. Landmann, Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Kulp-Mainz, Oberbürgermeister Wächter-Bamberg, (Stellvertreter Dr. Luppe-Nürnberg), Kommerzienrat Berthold-Nürnberg, (Direktor der Schuckert-Werke), als Vertreter der Industrie. Dr. Endrucks wurde als Geschäftsführer des Gründungsausschusses bestellt. Der Gründungsausschuß nahm noch am selben Tage seine Arbeiten auf und erzielte in allen wesentlichen Punkten vollständige Einigkeit. Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß das Aktienkapital, auch soweit es vom Privatpublikum aufgebracht wird, in wenigen Wochen voll gezeichnet sein wird.

* **Nostrifikation der ungarischen Kriegsanleihen.** Die Handelskammer zu Bochum teilt uns mit: Der Reichsanzeiger Nr. 162 vom 14. Juli 1921 bringt eine Veröffentlichung des Reichswirtschaftsministers über die Anmeldung und Abstempelung von in deutschem Eigentum befindlichen ungarischen Kriegsanleihestücken zum Zwecke der Nostrifizierung durch die Kgl. ungarische Regierung.

Meerkatz.

Roman von **Fedor von Zobeltitz.**

38) (Nachdruck verboten.)

Aber Falkenstein mußte ein Wort erwidern; Anita schien darauf zu werten.

„Gewiß, verstehe ich Sie," sagte er; „kann mir auch recht wohl denken, daß eine so seltsame Frühreife zu Rätseln des eigenen Wesens führen kann. Aber das liegt doch hinter Ihnen, gnädiges Fräulein. Es ist vorbei —"

„Ist es das wirklich?" fragte sie, und er fing einen Blick auf, dessen Dunkel nicht nur in der Farbe der Iris lag, sondern Reflex aus der Tiefe war. „Sind alle Schatten geschwunden? Bin ich nicht herb geblieben und hart und garstig? Und widerspenstig und ungerecht —"

„Und greuelhaft über die Maßen," fiel er ein und lachte hell auf. „Hören Sie, wie ich Sie auslache!" Er lachte noch immer. „Gnädiges Fräulein, achten Sie auf das Wort eines ehrlichen Freundes: lassen Sie Ihren Pessimismus schießen. Er steht Ihnen ebensowenig wie mir die gekünstelte Grobheit. Lassen Sie die Vergangenheit begraben sein, halten Sie sich an die Gegenwart und schauen Sie um sich — schauen Sie nur, wie sie lacht!"

Er beschrieb einen weiten Bogen mit dem Arm, als wolle er den Wald umfassen, der aus dem raschen Lenzgewitter in strahlender Frische hervorgegangen war.

Da schwand das mystische Dunkel aus ihrem Auge, und auch ihr Blick wurde strahlend.

„O Gott, ist es jetzt schön!" rief sie begeistert.

Es war kein Schweigen mehr im Walde, auch kein Rauschen des Sturms: nur ein klingender Tropfenfall, tönend wie Harfenakkorde. Von der Sonne erwärmt, stieg die Feuchtigkeit der Erde als Dunst in die Höhe. Zwischen den Stämmen quoll Zauberrauch aus dem Moose, verfing sich in bärtigen Flechten, kroch durch das Stachelgewirr des Machandels, schlug seine Schleier um die triefenden Stämme. Die Vögel begannen wieder zu zwitschern; es trillerte und pfiff, der Kuckuck rief, und in der lauen Luft spielten die Mücken.

Die Pferde waren hungrig geworden, die Menschen auch. In weitausholendem Trabe ging es in den grünen Dampf hinein, der die Straße füllte. Auch die Gäule waren umnebelt und die Reiter auf dem Getter. Es war dies nun wirklich ein echter Märchenwald, mit seinem Raunen und Flüstern, dem Sonnenlodern überall, dem Blitzen und Blinken, dem legendären Rauch, durch den die zwei trabten wie ein Reiterpaar aus einer schottischen Ballade.

Es war auch märchenhaft, daß man sich immer noch nicht zurechtfinden konnte. Die breite Straße endete nicht bei menschlichen Behausungen, sondern auf einem großen Rundplatz, und die Spuren des Hufschlags auf dem zerwühlten Boden zeigten an, daß man ihn als Manege für das Reiten aus dem Zirkel und allerhand Wechselgänge zu benutzen pflegte. Strahlenförmig gingen von hier aus die Wege ab, und wiederum fragte Falkenstein aufseufzend: „Wohin?" — Anita aber hob das Näschen, schnupperte in der Luft und wies dann nach links ab. „Dahin," sagte sie, „ich spüre Harzgeruch und Kiefernduft."

Es war nur die Einbildung. Man irrte noch eine Stunde oder länger umher, und von neuem verblich die Rosenfarbe auf den Wangen Anitas und alle Glieder begannen zu schmerzen. Dann aber wandelte sich die Einbildung zur Wirklichkeit. Der Laubwald verschwand. Es ging aufwärts durch eine Tannenschlucht, hinein in die Fichten, immer quer durch, über schwankenden Boden, über eine elastische Masse von Nadeln und Moos und Pilzen und Faulholz. Und plötzlich schrie Falkenstein laut auf: vor ihm flimmerten tausend und abertausend Regentropfen auf hohem Drahtgehege — man hatte die Straußenfarm wieder erreicht.

Nun aber Galopp nach Hause auf den dampfenden Mähren, die den Stall witterten und ihr Letztes hergaben. Im Unterland kam man ihnen schon entgegen; im Herrenhause und auf dem Hofe hatte man es mit der Angst gekriegt. Die Schimmelkarrete mit Tante Te trat zuerst in Sicht; Preysing hatte sich den hochbeinigen Rappen satteln lassen, der sonst in der Mühle ging, und zerhieb ihm die Flanken, um ihn vorwärts zu kriegen; Jungborn jagte auf seinem Schecken dem Walde zu.

„Herrje!" rief Anita, „die Hilfskolonne ist schon auf der Suche! Lieber Falkenstein, eine große Bitte."

„Gnädiges Fräulein!"

„Sagen Sie nichts von meinem kleinen Unfall — kein Wort — und zu niemanden."

„Wenn Sie befehlen —"

„Also schön: ich befehle. Ich will es nicht."

Und dann gellte ihr Ruf, und sie schwenkte den linken Arm, und Falkenstein ließ sein Taschentuch flattern.

Sie fiel beinahe vom Pferde; sie war tödlich erschöpft. Aber um Gottes willen: sie ließ sich nichts merken. Sie zwang die zitternden Nerven und straffte die Muskeln. Sie lachte und tat seelenvergnügt.

„Verritten!" rief sie. „Im Buchenwald — Gewitter, Platzregen, Sonnentrocknung — ah, es war herrlich! Eine Stunde Ruhe, dann will ich essen — dann bin ich wieder wie ein Fisch im Wasser! Addio solange!"

Sie lief in den Park, ihrem Blockhaus zu.

Falkenstein berichtete nüchterner. Man habe sich in der Tat gründlich verirrt; im Walde von Ober-Gittersdorf müsse man Wegsteine und -Weiser mit der Laterne suchen. Das nächste Mal aber wolle er einen Taschenkompaß mitnehmen, um die Richtung zu finden.

„Besser eine Forstkarte," sagte Preysingk. „Ich habe eine und werde sie Ihnen geben. Na, nu ist's gut. Ich war nicht in Sorgen. Ich ahnte eure Irrwege. Aber Gräfin Remscheidt hatte ein paar Angstpillen verschluckt."

„Vor zehn Jahren ist ein Bettler im Buchenwald verhungert," erklärte Tante Te. „Sechs Tage ist er herumgeirrt — oder waren's sieben. Da verhungerte er."

„Merken Sie sich das, Falkenstein, und nehmen Sie künftighin einen Fouragewagen mit. Uebrigens ist eine neue Nachricht von Hoppenstedt gekommen: unsere Gäule sind auf dem Wege nach Warschau."

*

Das Blockhaus Anitas war in der Tat binnen einer Woche aus dem Boden gewachsen. Eine Berliner Gesellschaft für den Bau zerlegbarer Häuser hatte ihr einen illustrierten Katalog zugeschickt, und sie hatte einfach ein Bild rot angekreuzt: das wollte sie haben. Ein paar Tage später kam ein Dutzend Arbeiter der Firma mit einigen Wagenladungen voll Brettern, Balken und Holzgefügen ein; in Eile wurde ein leichtes Fundament gemauert und auf dem steinernen Untergrunde das Haus erbaut. Jedes Brettchen, jedes Verbindungsstück, jeder Querbalken trug seine Nummer; man brauchte das Ganze nur zusammenzusetzen. Und jetzt stand es fertig da: ein schmuckes norwegisches Landhäuschen mit breiter, säulengestützter Veranda, Balkons, Erkern und Giebeln und einer niedlichen Freitreppe nach dem Weiher zu.

Anita war glücklich: nun war sie Herrin über sich selbst. Preysingk sagte nichts; er lachte nur über das querköpfige Kind. Es war ihm sogar nicht einmal unlieb, daß sie aus dem Hause kam, denn sie stellte jedwede Ordnung auf den Kopf, und auch zwischen der Sanzer und der Resmussen gab es alle Tage Krakeel. Tante Te jedoch erachtete das hölzerne Schloß für den Gipfel der Verrücktheit und bat inständig, keiner sollte sich dem Gebäude mit einem brennenden Streichholz nähern. Aber Anita konnte auch liebenswürdig sein. Sie hielt jeden Zank mit der Tante für unzweckmäßig; sie wickelte sie in Zärtlichkeiten ein, bat um ihr „Du", herzte sie ab und erreichte es schließlich, daß sie sich allem fügte.

Nun lebte Anita im Blockhause auf eigene Faust. Es hatte vier Zimmer und die nötigen Nebenräume; Anita hatte sich ihre Möbel kommen lassen und sich behaglich eingerichtet. Auch ein Badezimmer war da und wurde durch eine einfache Pumpanlage im Keller mit Wasser versorgt. Drüben im Herrenhause war man noch nicht so weit; da mußte das Wasser eimerweise vom Brunnen aus an die Wanne geschleppt werden. Anita trug moderne Errungenschaften nach Preysingkshof. Zwischen Blockhaus und Schloß ließ sie ein Telephon legen, und jeden Morgen klingelte sie drüben an und fragte, wie der Vater und die Tante geschlafen hätten. Zuweilen kam es vor, daß man sich für einen ganzen Tag lang nicht sah. Sie wirtschaftete auch in ihrem Heim. Die Sanzer kochte, und einmal hatte Anita spaßeshalber Preysingk und die Gräfin zum Diner geladen und sich dazu Langusten aus Berlin kommen lassen. Preysingk erklärte, der arme Adel könne so etwas nicht, ließ es sich aber gut schmecken; Tante Te hatte überhaupt noch keine Langusten gegessen und zierte sich erst ein bißchen, ehe sie zu kosten versuchte. Sonntag aß Anita immer im Herrenhause zu Mittag; dann war auch Falkenstein regelmäßig geladen. Aber auch in der Woche kam Anita zuweilen zum Frühstück oder Tee nach dem Schlosse; sie meldete sich stets telephonisch an. Nur verpflichtete sie sich — vom Sonntag abgesehen — nie zu bestimmten Besuchen; das störe ihre Freiheitswut, sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Nostrifizierung gelangen: 5½ proz. Ungarische steuerfreie Staatskassenscheine v. 1916 J/D IV v. 1. 6. 16, 5½ proz. Ungarische steuerfreie Staatskassenscheine v. 1917 M/S VI em. 1. 3. 17, 6 proz. Ungarische Mai/November-Kriegsanleihe IV v. 1914—1916, 6 proz. Ungarische Februar/August-Kriegsanleihe VI u. VII v. 1917, 5½ proz. Ungarische Juni/Dezember-Kriegsanleihe II u. VII v. 1916 u. 1917, 5½ proz. Ungarische März/September-Kriegsanleihe VIII v. 1918, 5½ proz. Ungarische amot. Staatsanleihe v. 1916 A/D V, 5 proz. Ungarische Staatsschatzscheine per 1. 6. 1923 u. 1. 6. 1925 J/D em. 9. 4. 1918, 5½ proz. Ungarische Staatskassenscheine von 1916, kündbar am 1. 1. 1918, J/J em. 11. 11. 1916, 5½ proz. Ungarische Staatskassenscheine em. 5. 7. 1917, kündbar am 1. 3. 20 M/S, soweit die Stücke entsprechend den Bestimmungen des Artikels 188 des Ungarischen Friedensvertrages am 4. Juni 1920 im Eigentum eines Deutschen waren. — Die Durchführung der Nostrifizierung erfolgt in zwei von einander getrennten Verfahren, nämlich: 1. Anmeldung, 2. Abstempelung. Die Anmeldung hat in der Zeit bis 31. August 1921 bei einer der nachfolgenden Anmeldestellen zu erfolgen. Die Anmeldefrist ist unbedingt einzuhalten, da eine Verlängerung derselben nicht in Aussicht gestellt wird. Anmeldestellen sind: 1. Sämtliche Anmeldestellen der Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen, Berlin W. 8, Charlottenstr. 46. 2. Der Deutsch-Oesterr.-Ungar. Wirtschaftsverband E. V., Berlin W. 35, Am Karlsbad 16. 3. Die Kgl. ungarischen Konsulate. Die anzumeldenden Stücke müssen am 4. Juni 1920 im Besitz von Reichsdeutschen gewesen sein, bezw. sie müssen nach diesem Tage entweder durch Kauf oder durch Selbstzeichnung oder durch Erbschaft oder durch andere Umstände von einem Reichsdeutschen an einen anderen Reichsdeutschen übergegangen sein. Sollten die Stücke den deutschen Reichsstempel, datiert von einem Tage bis einschließlich 4. Juni 1920 tragen, so ist lediglich nachzuweisen, daß der jetzige Besitzer Reichsdeutscher ist. Tragen die Stücke keinen Reichsstempel, so ist der Erwerb der Stücke nachzuweisen durch Schlußschein einer Bank, Erbschein, Zeichnungsschein oder Depot-Verzeichnis. Außerdem ist ein Nummerverzeichnis nach Nummern geordnet mit einzureichen. — Die Abstempelung der Stücke wird an einem späteren Zeitpunkte erfolgen.

TU. **Wiederaufnahme des Weltverkehrs durch die Hapag.** Von Dezember an wird die Hamburg-Amerika-Linie wieder mit eigenen Dampfern den Verkehr nach Südamerika aufnehmen. Im September wird der auf der Werft des Bremer Vulkans im Bau befindliche Dampfer „Bayer", ein 12 000 Tonnen-Schiff, und der auf der Hamburger Vulkanwerft im Umbau befindliche frühere Schnelldampfer „Deutschland" unter dem Namen „Hansa" in die Route Hamburg-Newyork eingestellt und im Oktober wird ein Schwesterschiff der „Bayer", der ebenfalls auf der Bremer Vulkanwerft im Bau befindliche Dampfer „Württemberg" folgen.

* **Ungünstige Lage der Kieler Werften.** Nach einer Meldung des Tageblatts aus Kiel ist infolge geringer Aufträge die wirtschaftliche Lage der dortigen Werften sehr ungünstig. Die Deutschen Werke und die Germaniawerft mußten Arbeiterentlassungen vornehmen und Feierschichten einführen. Auch bei den Howaldtwerken ist mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen.

---

b. **Berlin,** 20. Juli. An der Börse herrschte wieder feste Grundstimmung vor. Die Devisenpreise waren gegen gestern abend wenig verändert. Auf dem Effektenmarkt war die Kursgestaltung nicht ganz einheitlich, so namentlich für Montanaktien, besonders für oberschlesische Werte. Auch die Werte des Stinnes-Konzerns eröffneten etwas niedriger. Schiffahrtswerte wenig verändert, eher etwas niedriger. Chemische Werte ziemlich ruhig und zur Schwäche neigend. Elektrowerte fest. Lebhaftes Geschäft hatten Spezialwerte unter Bevorzugung von Daimler, die 25 Prozent höher einsetzten. Kalkwerte fanden heute mehr Interesse. Sie zogen zum Teil wesentlich an, sowohl die amtlich notierten, als die im freien Verkehr gehandelten. Valutawerte lagen still. Im weiteren Verlaufe wurde die Kursgestaltung schwankend. Auf dem Montanaktienmarkt bröckelten die Kurse zum Teil etwas ab. Am Einheitsmarkte hatten sich zwar vermehrte Kaufaufträge angesammelt, jedoch nicht in dem Maße, wie der gestrige Ausfall des Börsenverkehrs erwarten ließ. Der Kassamarkt war sehr fest.

Berliner Börsenkurse.

vom 20. Juli 1921.

	Div.	18. 7.	20. 7.		Div.	18. 7	20. 7
Com.u.Privatb.	9	201,50	201,50	Essener Steink.	12	—,—	—,—
Darmst. Bank	8	170,50	170,—	Gelsenk. Bergw.	11	399,87	398,—
Deutsche Bank	10	300,—	300,—	Gelsenk. Gußst.	10	525,—	516,—
Disk.-Ges.-A.	9	279,75	279,75	Hamb. Paketf.	—	174,—	—,—
Dresdner Bank	9	214,—	214,—	Harp. Bergw.	12	575,—	570,—
Ess. Cred.-Anst.	9	193,—	192,—	Hasp. Eis- u. St.	20	—,—	—,—
Mitteld. Cred.-B.	9	—,—	166,50	HumboldtMasch.	—	—,—	401,—
Pr. Centr.-Bod.	8½	140,—	139,25	Höchster Farben	14	339,—	340,50
Reichsbank	9,79	—,—	147,75	Hösch, Stahlw.	24	—,—	—,—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	—,—	113,25	Köln-Neuessen	15	320,—	334,—
Bochum. Viktoria	12	445,—	465,—	Königsborn	12	—,—	—,—
Düsseldorf. Lan.-end.	12	—,—	—,—	Küppersbusch	15	550,—	660,—
Schlegel Bochum.	15	—,—	—,—	Laurahütte	20	344,—	341,—
Allg. Elektr.-G.	10	318,25	310,50	Magdeb. Bergw.	25	390,—	580,—
Arenberg	15	1120,—	1125,—	Mannesmann	20	648,—	650,—
Bad. Anilin	18	415,—	404,—	Mark. Zement	25	740,—	720,—
Baleke Masch.	20	570,—	579,75	Masch.-F. Baum	—	390,—	380,—
Baroper Walz.	50	355,—	369,—	Mülh. Bergw.	11	550,—	548,—
Bergm. Elekt.	12	—,—	320,—	Nordd. Lloyd	—	—,—	—,—
Bismarck-Hütte	9	—,—	—,—	Oberschles. Eisenb. Bedarf	—	307,—	305,50
Boch.-Gels. Str.	9	—,—	—,—	Orenstein-Kopp.	16	—,—	684,75
Boch. Gußstahl	15	525,50	522,50	Phönix Bergw.	20	—,—	388,—
Buderus Eisen	7½	589,—	574,—	Rh. Braunkohle	20	702,—	718,—
Concordia Berg.	22	460,—	465,—	Rh. Stahlwerk.	20	582,—	578,—
D.-Lux. Bergw.	8	386,50	384,—	Siemens-Halske	12	350,—	347,—
Deutsche Erdöl	—	838,—	—,—	Westf. Draht	5	—,—	380,—
Deutsche Kali	25	374,—	390,—	„ Eis. u. Draht.	20	—,—	475,—
Dittmann Neuh.	32	935,—	930,—	Wicking Zem.	25	504,—	508,—
Dürkopp	25	470,—	—,—	Wittener Gußst.	30	—,—	—,—
Elberf. Farben	18	—,—	—,—				

Inländische Staatsanleihen.

	18. 7.	20. 7.		18. 7.	20. 7
5% I. D. S.-A.	—,—	—,—	3½ % D. R.-A.	69,50	69,25
5% II. D. S.-A.	99,90	99,90	3% D. R.-Anl.	76,50	76,30
5% III	99,95	99,90	D. Sparp.-Pr. Anl	80,30	80,20
4½ % IV.-V.	86,25	86,50	5% D. Sch. A. 1921	—,—	—,—
4½ % VI.-IX. „	72,25	72,30	5% do. 1922	99,70	99,75
4½ % 1924er „	95,30	93,40	4% Pr. Kons.	70,20	70,75
5% D. R. Anl.	77,50	77,50	3½ % Pr. Kons.	60,—	60,10
4% D. R.-Anl.	79,50	79,30	3% Pr. Kons.	56,—	56,75

Amtliche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	19. Juli. Geld	19. Juli. Brief	20. Juli. Geld	20. Juli. Brief	Höchst. bish. G.	Münzparität
Holland 100 fl.	2435,50	2439,75	2424,05	2428,95	4196,—	168,75
Belgien 100 Fr.	582,40	583,60	581,40	582,60	736,75	81,—
Norwegen 100 Kr.	999,—	1001,—	989,—	991,—	1848,—	112,50
Dänemark 100 Kr.	1171,80	1173,70	1178,80	1181,20	1698,—	112,50
Schweden 100 Kr.	1608,80	1611,65	1599,85	1603,15	1998,—	112,50
Italien 100 Lir	342,65	343,35	344,65	345,35	584,40	81,—
England 1 St.	276,95	277,55	276,2	276,80	350,65	20,43
Amerika 1 D	77,32	77,48	76,67	76,83	103,65	4,20
Frankreich 100 Fr.	596,90	598,10	596,15	597,85	798,—	81,—
Schweiz 100 Fr.	1266,20	1268,80	1264,70	1267,30	1709,30	81,—
Spanien 100 Pes	984,—	986,—	989,—	991,—	1848,—	81,10
Disch.-Oest. 100 Kr.	10,08	10,12	10,08	10,12	—,—	85,—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	99,40	99,60	99,30	99,50	101,15	—,—
Ungarn 100 Kr.	23,72	23,78	24,37	24,43	—,—	—,—

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Das oberschlesische Problem.

Reichskabinettssitzung.

bb. **Berlin,** 20. Juli. Wie das Tageblatt mitteilt, trat das Reichskabinett heute mittag zu einer Sitzung zusammen, in der die oberschlesische Frage erörtert werden soll.

Schadenersatz für die Beamten, Geistlichen und Lehrer in Oberschlesien.

w. **Breslau,** 20. Juli. Das preußische Staatsministerium beschloß, für die Beamten, Geistlichen, Kirchenbeamten und Lehrpersonen in Oberschlesien, in Anbetracht ihrer besonderen Notlage und Gefährdung unter Erweiterung der bisherigen Fürsorgebestimmungen für jeden Schaden an den zu ihrem Haushalt gehörenden Sachen, der seit dem 11. 2. 1920 durch Aufstand oder Unruhen entstanden ist oder künftig entstehen wird, vollen Ersatz zum gegenwärtigen Anschaffungswert zu gewähren. Bei Körperschaden der genannten Personen und ihren Familienangehörigen wird voller Ersatz aller zur Herstellung der Gesundheit erforderlichen Aufwendungen gewährt.

Französische Greuel.

TU. **Beuthen,** 20. Juli. Die beim Einzug der Engländer festgenommenen Deutschen kehrten gestern wieder zu ihren Angehörigen zurück. Die Einsperrung hat volle 15 Tage gedauert. Brutale Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Vor der Abführung ließ man die zum Teil schwer Verwundeten durch eine Kompagnie französischer Soldaten Spießruten laufen. 28 Gefangene sind noch in Haft, sie sind derart durch Verwundungen und Mißhandlungen entstellt, daß es die Franzosen nicht wagen, sie frei zu geben.

Keine italienische Unterstützung der französischen Vorschläge.

bb. **Berlin,** 20. Juli. Wie die Blätter von unterrichteter Seite erfahren, treffen die französischen Pressemeldungen über eine Unterstützung des französischen Schrittes in der oberschlesischen Frage durch den italinischen Botschafter in Berlin nicht zu. Weder der italienische noch der englische Botschafter schlossen sich dem Protest ihres französischen Kollegen an.

Der englisch-französische Notenwechsel.

TU. **Paris,** 20. Juli. Der englische Geschäftsträger hat sich gestern nachmittag ins Ministerium des Aeußern begeben und Briand die Antwort der englischen Regierung übergeben. **In ihrer Antwort betont die englische Regierung erneut die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates nach Boulogne in der Zeit vom 27. bis 30. Juli einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich** und erklärt, daß jederzeit ernste Unruhen sowohl von polnischer wie von deutscher Seite ausbrechen können und daß diese Unruhen um so gefährlicher sein werden, je länger die jetzige Lage andauert. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lloyd George und Balfour, die England auf dieser Konferenz vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rates muß daher vor Ende des Monats stattfinden. Da die Zeit zu kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung es wünscht. Der Oberste Rat müsse sich zunächst mit der Frage von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen und sodann das oberschlesische Problem selbst prüfen. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd George durch die irländische Frage zurückgehalten sei, so würde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Regierung wird sofort, wahrscheinlich heute, auf die Note antworten. Sie wird ihren bisherigen Standpunkt entschieden aufrecht erhalten. Briand glaubt nicht an die Zweckmäßigkeit einer Tagung des Obersten Rates Ende dieses Monats. Er habe keineswegs die Absicht, die Lösung der oberschlesischen Frage zu vertagen. Er ist jedoch der Ansicht, daß der Oberste Rat sich gegenwärtig mit der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen könnte, andererseits hätte es keinen großen Zweck, lediglich über die Truppenverstärkungen zu diskutieren. Um das oberschlesische Problem selbst zu lösen, müßten zunächst genügend Dokumente für die Diskussion gesammelt werden, es müßten weitere Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien getroffen werden. Schließlich müsse die Frage der Aufteilung des Gebietes von technischen Sachverständigen geprüft werden. Erst dann werde der Oberste Rat in der Lage sein, nützliche Arbeit zu verrichten. Die Tagung der Sachverständigen könnte während der Entsendung der Truppenverstärkungen stattfinden, und der Oberste Rat könnte Ende August zusammentreten. Was die Entsendung von Truppenverstärkungen betrifft, so ist Frankreich bereit, eine Division nach Oberschlesien zu entsenden.

*

D. **Paris,** 20. Juli. Von allen Seiten wird auf die französische Regierung ein Druck ausgeübt, damit die Ententekonferenz von Boulogne noch spätestens Ende des Monats stattfindet, so hat die Interalliierte Kommission in Oppeln an die Adresse des Botschafterrats eine Note gerichtet, in der ersucht wird, so rasch wie möglich einen Beschluß über die Aufteilung des Abstimmungsgebiets zu treffen und gleichzeitig Verstärkungen zu schicken, um die Situation gegenüber den Deutschen und den Polen aufrecht zu erhalten. Man erinnert sich, daß bereits Korfanty bei seiner Ankunft in Paris sich dahin geäußert hat, daß eine weitere Verschiebung der Entschließung, und damit eine weitere Verschleppung der Konferenz gefährlich werden könne. Schließlich hat die englische Regierung nunmehr in ihrer (oben wiedergegebene) Antwort auf die Anregung Briands, die Konferenz erst im Herbst abzuhalten, in dem Sinne erwidert, daß eine sofortige Einberufung tunlich sei.

Die Gesamttonnage der Welt.

w. **London,** 20. Juli. Einer neuen Ausgabe von Lloyds Schiffahrtsregister zufolge beträgt die Gesamttonnage der Welt etwa 54 Millionen Tonnen und übersteigt somit den Stand von 1914 um über elf Millionen. Der Unterschied sei hauptsächlich auf die zehn Millionen Tonnen zurückzuführen, die die Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem Kriege hatten. Japan und Holland verminderten ihre Flotten wesentlich. Die englische Flotte übersteigt ihren Stand von 1914 nur um einige Hunderttausend Tonnen.

Schlägerei in der rumänischen Kammer.

w. **Wien,** 20. Juli. Die neue Freie Presse gibt eine Meldung des Budapester Blattes Az Est aus Bukarest über große Skandalszenen in der rumänischen Kammer wieder, wo seit einigen Tagen die Verstaatlichung der Werke von Rosica verhandelt wird. Der gewesene Handelsminister Taslauann soll dieser Gesellschaft einen überaus vorteilhaften Vertrag gesichert und die Mehrheit der Kammer für den Vertrag dadurch gewonnen haben, daß die Abgeordneten der Regierungspartei unentgeltlich neue Aktien der Gesellschaft erhielten. In der Debatte über den Vertrag protestierte nun die Opposition gegen dessen Annahme und erklärte, daß der Vertrag bloß geeignet sei, die Vermögen einiger Abgeordneten und Senatoren der Averescu-Partei zu vermehren. In dem darauf folgenden großen Lärm schlug der Abgeordnete Goga Taslauanu mit einer Peitsche ins Gesicht. Taslauanu rief er dabei, habe das Haus mit Aktien bestochen. Die Schlägerei wurde schließlich allgemein, sodaß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

---

w. **Münster,** 20. Juli. Wie der Westfälische Merkur meldet, ist der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hitze in Bad Nauheim nach längerer Krankheit im 71. Lebensjahre gestorben.

w. **Elberfeld,** 20. Juli. Eine schwere Bluttat ereignete sich heute nachmittag im Kaffee Morián. Ein Kriegsbeschädigter namens Jansen hatte zum Nachteil zweier Brüder Veruntreuungen begangen. Als diese ihn inn dem genannten Kaffee antrafen, wollten sie ihn verhaften lassen und benachrichtigten die Polizei. Ehe diese jedoch erschien, schoß Jansen auf einen der Brüder und brachte ihm einen Lungenschuß bei; dann tötete sich der Täter selbst durch einen Schuß.

bb. **Koblenz,** 20. Juli. In Koblenz wurden beim Umbau eines alten Hauses 52 Goldmünzen aus dem 14 Jahrhundert gefunden, die einen hohen Wert darstellen.

bb. **Berlin,** 20. Juli. B. 3 am Mittag meldet aus Reval: Die Vertreter der Deutschen Kommunistischen Arbeiterpartei wurden von der Kongreßtagung der dritten Internationale mit bewaffneter Macht entfernt, in die Bahn gesetzt und unter Bewachung abgeschoben.

bb. **Berlin,** 20. Juli. Nach B. 3. am Mittag brach nachts in einem großen Industriegebäude in Erdmannshof am Kottbuserufer ein Brand aus, der einer der größten war, die Berlin in den letzten Jahren gesehen hat. Die gesamte Feuerwehr mit 50 Fahrzeugen und alle verfügbaren Mannschaften war die ganze Nacht über an der Brandstätte beschäftigt. Der Schaden an Gebäuden und an Fabrikanlagen ist außerordentlich groß.

bb. **Cuxhaven,** 20. Juli. Zwischen Hamburg und Cuxhaven kam es infolge der großen Dürre zu Heide- und Waldbränden, die auch Wohnhäuser und Gehöfte bedrohten. In einzelnen Gegenden Schleswig-Holsteins wüteten Feuer von riesiger Ausdehnung, so auch auf dem Winnerter Moor, der Schwasinger Heide, im Kropper Moor, im Westermoor und im Wesloer Moor.

w. **Paris,** 20. Juli. Havas meldet aus Rennes: Der Appellgerichtshof verurteilte Gottfried Fischer, der sich als ehemaliger deutscher Kavallerieleutnant ausgab und Delegierter der dritten Internationale in Frankreich zu sein behauptete, zu zwei Jahren Gefängnis. Fischer entlockte unter Vorspiegelung der genannten Eigenschaften den Kommunisten mehrfach Geld. Vor dem Gericht erklärte Fischer, daß er sich vor dem Kriege in England aufhielt, aus Gründen, worüber er die Aussage verweigerte.

w. **Paris,** 20. Juli. Chicago Tribune meldet aus Charbin: Der auf Befehl der japanischen Regierung vor einigen Tagen in Wladiwostok angekommene japanische General Koakami erklärte, die japanische Regierung erkenne die Bolschewisten niemals an. Die von ihnen abgesandte Note würde sie nicht beantworten.

w. **Paris,** 20. Juli. Newyork Herald meldet aus Washington, der frühere deutsche Kreuzer Frankfurt wurde bei einem Flottenmanöver durch Fliegerbomben versenkt.

w. **London,** 20. Juli. Heute wird eine Kabinettssitzung abgehalten, in der Lloyd George über die Besprechungen mit den irischen Vertretern berichten wird. — Die Unterredungen zwischen dem Premierminister und Devalera wurden fortgesetzt.

Französische Schikanen in Düsseldorf.

w. **Düsseldorf,** 20. Juli. Nachdem vor einigen Tagen der Chefredakteur der Düsseldorfer Zeitung eine viertägige Gefängnisstrafe verbüßt hat, ist heute morgen der politische Redakteur der Düsseldorfer Zeitung, Dr. Walter Nochlitz, zur Verbüßung einer achttägigen Gefängnisstrafe von zwei Gendarmen abgeführt und in das Gefängnis in der Ulmenstraße gebracht worden. Eine bestimmte Angabe, weshalb die Bestrafung erfolgte, ist nicht gemacht worden. Seit einigen Tagen hat die französische Besatzungsbehörde eine scharfe Kontrolle des Telephonverkehrs eingeführt, namentlich bei den Gesprächen der Behörden und der Presse.

Der Streik der Schlosser und Heizer auf den Rheindampfern.

Grzl. **Köln,** 20. Juli. Der Ausstand der Schlosser und Heizer auf den Rheindampfern greift weiter um sich. Seit heute vormittag hat das Personal der Niederrheinischen Reederei zum weitaus größten Teil die Arbeit ebenfalls niedergelegt.

Grzl. **Koblenz,** 20. Juli. Die amerikanische Abteilung der interalliierten Schiffahrtskommission hat am Rheinufer und an der Brücke mehrere Posten aufstellen lassen, um die durchfahrenden Schiffe in Bezug auf die Tätigkeit der Maschinisten und Heizer zu beobachten.

Ausstände in Pommerellen.

TU. **Danzig,** 20. Juli. Am Samstag haben die Gewerkschaften in Nord-Pommerellen den Generalstreik erklärt. Auch die Eisenbahner drohen mit Streik, und man erwartet in Danzig für die nächsten Tage die Einstellung des gesamten pommerellischen Eisenbahnverkehrs. Wie sich dann der deutsch-ostpreußische Eisenbahnverkehr durch den Korridor abspielen wird, ist noch ungeklärt. In der Thorner Gegend ist ein großer Landarbeiterstreik ausgebrochen.

Die alliierten Juristen über die Reparationssumme.

w. **Paris, 20. Juli. Chicago Tribune schreibt: Die Internationale der Juristen gelangte zu dem Schluß, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtentschädigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten.** Diese Auffassung, die jetzt von allen alliierten Juristen geteilt werde, gründe sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages. Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu erlassen seien. Ueber eine Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt worden, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages handeln.

Ein Vorstoß der Opposition im englischen Unterhause.

w. **London,** 20. Juli. Im Unterhaus wurde ein Zusatzantrag eingebracht und trotz des Widerspruchs der Regierung verabschiedet, nachdem er von Asquith unterstützt worden war. Der Zusatzantrag bestimmt, daß die Angaben, welche auf gemeinnützige Geschäfte erhoben werden, nicht auf Gewinne und Ueberschüsse zur Anwendung kommen sollen, die sich aus Geschäften ergeben, die gemeinnützige Gesellschaften mit ihren Mitgliedern tätigen. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt gegeben wurde, brach die ganze Opposition in stürmischen Beifal aus, der mehrere Minuten andauerte. Als der Vizepräsident die Beratung eines andern Antrages beginnen lassen wollte, stellte Maclean eine Geschäftsordnungsfrage und wies darauf hin, daß es üblich sei, nach jeder Niederlage der Regierung bei ihr anzufragen, ob sie beabsichtige, die auf der Tagesordnung stehenden Beratungen fortzusetzen. Chamberlain antwortete: Wir beabsichtigen, die Beratungen fortzusetzen. Darauf schrien die Abgeordneten der Opposition: Zurücktreten, Zurücktreten! Während die Anhänger der Regierung Chmaberlain Beifall spendeten, brauchte er etliche Zeit, bis Ruhe eintrat. Zum Schluß der Sitzung versuchte die Opposition vergeblich, den Rücktritt der Regierung zu erzwingen. Chamberlain wies darauf hin, daß die Niederlage der Regierung angesichts des Gegenstandes der Beratung ganz bedeutungslos sei, da die Kammer sicherlich nicht die ausgesprochene Absicht hatte, eine Niederlage der Regierung herbeizuführen. Es handele sich um einen ganz gewöhnlichen Zufall. Immerhin wäre es geboten, fuhr Chamberlain fort, daß solche Zufälle sich nicht allzu häufig wiederholen.

Wetternachricht.

Donnerstag, 21. Juli. (Amtlich.) Vielfach wolkig, zeitweise heiter, vorwiegend trocken, vorübergehend kühler.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und Letzte Nachrichten: Th. Joffen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil i. V. W. Lindner; für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

HOSEN HOSEN HOSEN HOSEN HOSEN

Ich warne Sie!



Seien Sie vorsichtig beim Einkauf einer Hose und prüfen vorher die Qualität, Paßform und Billigkeit. — Diese Vorzüge finden Sie sämtlich im

Bochumer Hosen-Haus

Telephon 2185 **A. KURZE** Hernerstraße 6

Haltestelle Kortländer (Linie 2 und 6).

HOSEN HOSEN HOSEN HOSEN HOSEN

Stadttheater Bochum.

Donnerstag, 21. Juli, 7 bis gegen 11. Vorm. C. 30 „Nibelungen" 1. und 2. Teil.

Freitag, 22. Juli, 7 bis gegen 11. Vorrecht C. „Nibelungen" 3. Teil.

Erholungsbedürftige

finden freundl. Aufnahme im Lippischen Ländchen. Schriftl. Anfragen unter Nr. **3120** an die Gesch. dieser Zeitung.

Einfragungen

in das Handelregister des Amtsgerichts Bochum:

Am 18. Juni 1921.

a) Bei der Firma **Tooten & Co. Kommanditgesellschaft für Industriebedarf** zu Bochum: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.
H. R. A. 1656.

b) Bei der Firma **Klein & Salewsky jr.** zu Weitmar: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.
H. R. A. 1453.

c) Die Firma **Weinhaus Uhr Anton Funke** zu Bochum und als deren Inhaber der Weinhaus-Inhaber Anton Funke zu Bochum.
H. R. A. 1800.

Am 20. Juni 1921.

Die Firma **Karl Regelmann** zu Bochum und als deren Inhaber der Kaufmann Karl Regelmann zu Bochum. Der Ehefrau Kaufmann Karl Regelmann geb. Joos zu Bochum ist Prokura erteilt.
H. R. A. 1801.

Am 22. Juni 1921.

a) Bei der Firma **Gebr. Kuhmichel Aktiengesellschaft** zu Bochum: Die Prokura der Else Kuhmichel ist erloschen. Dem Kaufmann Wilhelm Ammelsunx zu Herne ist Prokura erteilt worden. Er ist zur Vertretung der Gesellschaft in Gemeinschaft mit dem Vorstande oder einem anderen Prokuristen berechtigt.
H. R. B. 252.

b) Bei der Firma **Westfalen-Stahlwerke Aktiengesellschaft** zu Bochum: Karl Piehler ist aus dem Vorstande ausgeschieden.
H. R. B. 319.

c) Bei der Firma **Espagit-Eifeler Sprengstoffwerke und chemische Fabriken Aktiengesellschaft** zu Bochum: Dem Kurt Jacobi, Kassierer zu Hallschlag ist Prokura erteilt worden. Der Prokurist ist zur Vertretung der Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede berechtigt.
H. R. B. 263.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungspräsident hat unterm 24. Juni 1921 (I 24 Nr. 1124) seine Zustimmung zu der vom Kreisausschuß Bochum am 18. Juni 1920 (B. L. Nr. C. 97/20) erfolgten Genehmigung der Gewerbesteuerordnung der Gemeinde Düren vom 4. Juni 1920 für ein weiteres Jahr verlängert.

Düren, den 13. Juli 1921.

Der Gemeindevorsteher:
Klingel.

Fahrräder

erstklassige Marken. Mäntel und Schläuche sowie sämtl. Ersatzteile billig. Reparaturen, Emaillieren und Vernickeln in eigener Werkstatt.

A. Wolters
Friedrichstr. 9. Tel. 1161

Sonder-Angebot in Bettwaren

Daunenbetten	Bettbezüge
Bettfedern	Hemdentuch
Metallbetten	Kissenbezüge
Matratzen	Reformauflagen
Steppdecken	zu bedeutend herabgesetzten Preisen in bekannt guten Qualitäten
Inletts / Damast	

Lindaus Betten-Spezial-Haus

Humboldtstraße 2.

Schreibzeuge ★ Homborg

In allen Preislagen.

Meine Preise

für

weiße Brötchen-Düten

mit Kreuzböden und Falteneinschlag

1 Pfund Inhalt	per 1000 Stück	Mk. 55.—
2 „	„ „ „	„ 70.—
3 „	„ „ „	„ 85.—
4 „	„ „ „	„ 105.—

Graue Schrenz-Spitzdüten

½ Pfund Inhalt	per 1000 Stück	Mk. 22.—
1 „	„ „ „	„ 30.—

Zigarren-Beutel billigst!

Mummelthey'sche Centralbuchhandlung

Telephon 3968 BOCHUM Obere Marktstr. 31

Werkstätten B. Stadler-Paderborn

Gesamt-Innenausstattung

Zimmereinrichtungen in bekannter gediegener Zweckmäßigkeit und Schönheit Zeitgemäße Bürgermöbel in besonders niedrigen Preislagen.

Verkaufsstelle und Wohnungs-Ausstellung:

Rottstraße 12 Bochum Fernruf 3980

Auf ernstliche Anfragen erfolgt gerne unverbindlicher Vertreterbesuch.

Auto-Leichtbenzin

Wetterlampenbenzin * Lötbenzin * Autoöl 6 bis 7 Viscosität

zu den billigsten Tagespreisen liefert die

Chemische Fabrik Walther Bosch, G. m. b. H.

Bochum ab ihren Tankanlagen **Hermannshöhe 20 Wiemelhausen**

Fernsprecheranschluß Nr. 19.

Kohlen u. Koks

liefert gegen Bezugsschein für Industrie und Hausbrand pünktlich und billigst

Bochumer Kohlen-Kontor

Humboldtstraße 53. — Telefon-Nr. 3567.

DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland.

KAPITAL UND RESERVEN 650 000 000 MARK

Bankmäßige Geschäfte aller Art.

Bilanz am 31. Dezember 1920 *)

Aktiva.	ℳ	₰
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 098 881 618	64
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	6 229 595 220	95
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	1 177 143 550	94
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	95 717 561	74
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	120 763 568	46
Eigene Wertpapiere	88 251 869	31
Konsortial-Beteiligungen	77 464 947	07
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60 000 000	—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000	—
Dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen	60 396 718	70
Schuldner in laufender Rechnung	3 576 751 997	99
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verpflichtungen	160 112 747	40
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungen	4 352 354	79
Einrichtung	1	—
Bankgebäude	36 844 816	45
Sonstige Liegenschaften	8 140 725	69
	12 894 366 498	86

Passiva.	ℳ	₰
Eingezahlte Kommandit-Anteile	310 000 000	—
Allgemeine (gesetzliche) Reserve	109 000 000	—
Besondere Reserve	81 000 000	—
Gläubiger	12 015 847 575	50
Akzepte	96 571 711	76
Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen	160 112 747	40
Wohlfahrtseinrichtungen	7 451 240	47
Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	1 439 760	—
Rückstellung für Talonsteuer	5 680 040	—
16% Gewinnanteil auf M. 310 000 000 Kommandit-Anteile	49 600 000	—
Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats	2 853 571	68
Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellvertretend. Direktoren, Prokuristen und Angestellten	20 548 331	16
Rückstellung für Ruhestandsversorgung der Beamten	10 000 000	—
Ueberweisung an Bau-Reserve	30 000 000	—
Uebertrag auf neue Rechnung	6 518 506	91
	12 894 366 498	86

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920 **)

Soll.	ℳ	₰
Verwaltungskosten	198 593 792	27
Steuern	45 603 896	09
Zu verteilender Reingewinn	160 133 409	74
	404 330 598	08

Haben.	ℳ	₰
Vortrag aus 1919	6 405 828	54
Coupons	19 053 491	86
Effekten	87 065 042	69
Provision	181 539 070	19
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	203 864 634	01
Beteiligung b. d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	8 400 000	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	18 000 000	—
	80 Ra 581	08
	404 330 598	08

**) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin.

Der Gewinnanteilschein Nr. 95 unserer Kommandit-Anteile wird mit

M. 96.— für die Stücke von 600 Mark,
„ 192.— für die Stücke von 1200 Mark

unter Abzug von 10% Kapitalertragssteuer vom 19. Juli 1921 an bezahlt

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln,

oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen,

oder in **Augsburg** bei der **Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G.,**
„ „ **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,**
„ „ **Breslau** bei dem Bankhause **E. Heimann,**
„ „ **Cassel** bei dem Bankhause **L. Pfeiffer,**
„ „ **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,** bei dem Bankhause **Philipp Elimeyer,**
„ „ **Elberfeld** bei dem Bankhause **von der Heydt-Kersten & Söhne,**
„ „ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank,** bei dem Bankhause **E. Ladenburg,**
„ „ **Halle a. S.** bei dem **Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.,** bei dem Bankhause **Reinhold Steckner,**
„ „ **Hamburg** bei der **Vereinsbank in Hamburg.**
„ „ **Hannover** bei dem Bankhause **Ephraim Meyer & Sohn,** bei dem Bankhause **A. Spiegelberg,**
„ „ **Karlsruhe i. B.** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,** bei dem Bankhause **Veit L. Homburger,** bei dem Bankhause **Straus & Co.,**
„ „ **Köln** bei dem Bankhause **A. Levy,** bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
„ „ **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** und bei **deren Abteilung Becker & Co.,**
„ „ **Magdeburg** bei dem Bankhause **F. A. Neubauer,**
„ „ **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
„ „ **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,**
„ „ **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,** bei der **Bayerischen Vereinsbank,**
„ „ **Nürnberg** bei der **Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,** bei dem Bankhause **Anton Kohn,**
„ „ **Stuttgart** bei der **Königlich Württembergischen Hofbank G. m. b. H.**

Die Einlösung findet **bei uns** und **unseren Niederlassungen,** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** und der **Norddeutschen Bank in Hamburg** und **deren Niederlassungen vom 19. Juli an** in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr statt.

Bei den anderen Stellen ist die Einlösungsfrist auf die Zeit **vom 19. Juli bis zum 15. August 1921** begrenzt.

Berlin, den 18. Juli 1921.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Hohlschleiferei und Reparatur-Werkstatt

für Rasier-, Masch.-, Brot- u. Taschen-Messer, Scheren, Beile, Klingen etc. Lieferzeit nur 24 Std.

Solinger Stahlwarenhaus Fred Bernards, Friedrichstr. 26 Tel. 483

Kaiser-Aue.

Donnerstag, 21. Juli 1921, abends ab 6 Uhr

Venezianische Nacht

Konzert :-: Sommernachtsball

Erstklassige Kapellen-Barcarolen-Gondellieder zur Laute.

Nach Eintritt der Dunkelheit am Seeufer

Großes Freilicht-Ballett

Leitung: Ballettmeisterin Drassati am Stadttheater Essen.

Prächtige Illumination.

Sonderverkehr der Strassenbahn.

Städtische Gemäldegalerie

Viktoriastrasse 6.

Geöffnet täglich von 10 bis 4 Uhr.

Eintritt 2 Mark.

Bochum, den 8. Juli 1921.

Der Magistrat.



Prima Qualitäts-**Betten,** hochfein, rot, prima federdicht, Daunenköper. Großes 1½schläfr. Oberbett, Unterbett und 2 Kissen mit 16 Pfd. prima füllkräftigen, weichen Federn gefüllt, zusammen nur 495 M.; mit zartweichen Halbdaunen nur 595 Mk.; mit ½weiß. Halbdaunen 695 M.; mit reinweiß. Halbdaunen 895 M.; mit reinweißen, erstkl. geschlissenen Halbdaunen mit Daunendecke 995 M.

Bettfedern Halbdaunen — Daunen, je nach Qualität 14.50, 17.50, 19.50, 24.50, 29.50 bis 95.— Mk. Nur beste, auserlesene, staubfr. Qualitäten. Nichtgefallend Geld zurück. Katalog frei. Viele Dankschr. Porto u. Verp. gratis. Betten-Bettfedern-Engros-Detail-Versand **A. & M. Frankrone, Kassel 36.**

Schreibmaschinenarbeit!

Vervielfältigungen jeglicher Art

wie Prospekte, Programme, Einladungen, Rundschreiben Preislisten auch mit Skizzen

übernimmt

Willy Büsselberg, Alfenstraße 11.

Nr. 168. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 21. Juli 1921.

Zum westfälischen Städte am 23. Juli in Dortmund.

Die Einberufung der Vertreter der Magistrate und der Stadtverordneten wird am 23. voraussichtlich eine nach Hunderten zählende Menge von Kommunalpolitikern in der alten Handelsstadt am Hellweg vereinigen, — ein Städteparlament von erheblicher äußerer Bedeutung! Die Tagesordnung sieht u. a. die Stellungnahme zum Reichsjugendgesetz, Beratungen über den Beitritt zum deutschen Städtetag vor. Dieser letzte Punkt scheint von rein formeller Bedeutung zu sein, enthält aber, worauf rechtzeitig aufmerksam gemacht werden muß, eine Reihe von Bindungen, denen die westfälischen Städtevertreter kaum ohne weiteres zustimmen können. Der Schulausschuß und der Finanzausschuß des deutschen Städtetages, die im April d. J. in einer gemeinsamen Sitzung in Berlin tagten, haben nämlich eine Reihe von Beschlüssen über Ersparnismöglichkeiten auf dem Gebiete des Schulwesens herausgebracht, die höchstes Erstaunen hervorrufen müssen. Man sollte an ihrer Echtheit zweifeln, wenn nicht der Geschäftsführer des deutschen Städtetages, der Oberbürgermeister Mitzlaff, sie selbst in den amtlichen „Mitteilungen" des Städtetages veröffentlichte. Danach soll zunächst planmäßig der Besuch der höheren Schulen abgeriegelt werden, — nicht allein durch Fernhalten der Schwachbegabten (dem man durchaus zustimmen könnte), sondern auch durch Hinweise darauf, daß der erfolgreiche Besuch der höheren Schule künftig nicht mehr in dem bisherigen Maße die Voraussetzung für viele Lebensberufe bilden dürfte. Das bedeutet natürlich, daß bei den Beamten der mittleren Laufbahn, den Kaufleuten, Ingenieuren usw., die sich bislang eine ausreichende Bildung erworben und diese für ihren späteren Beruf brauchten, in Zukunft von einer höheren Schulbildung abgesehen werden soll. Was werden neu aufstrebende Kräfte dazu sagen, wie z. B. die Volksschullehrer, die aus innerem Drang heraus den Kampf für eine bessere Vorbildung führen? Gegen diese Grundtendenz des deutschen Städtetages werden die Teilnehmer der Dortmunder Tagung mit aller Schärfe Stellung zu nehmen haben.

Diesen Grundgedanken reihen sich würdig die Vorschläge im einzelnen an. Den Städten wird besonders Vorsicht bei allen Neuerungsbestrebungen empfohlen, ob diese nun Aufbauschulen und Oberschule oder Werkunterricht und Förderkurse heißen. Merkwürdig: auf allen Gebieten stellt Deutschland sich auf die neue Zeit ein und schickt sich an, mit neuen Methoden seine Weltgeltung zurückzuerobern — nur auf dem wichtigsten, weil grundlegenden, Gebiete, im Schulwesen, soll es keine Neuerung, keine Reform, keinen Aufstieg geben. Werden für diese Politik die Vertreter der blühenden Gemeinwesen Westfalens zu haben sein?

Für das, was die Schulen zu ihrem notdürftigsten Leben brauchen, hat nämlich der Städtetag kein Verständnis. Die bisher für Lehrmittel aller Art geleisteten Aufwendungen werden als „vielfach übertrieben hoch" bezeichnet, obwohl jeder weiß, daß gerade die Etats der Schulen gegen die Friedenszeit gänzlich unzureichend erhöht worden sind und mit der steigenden Teuerung überhaupt nicht Schritt gehalten haben. Büchereien verfallen, den Laboratorien und Arbeitsklassen fehlt es am Notwendigsten: und da soll noch gespart werden?

Den Gipfel erreichen die Vorschläge des Städtetages zur Verminderung der persönlichen Ausgaben. Sie bedeuten, kurz zusammengefaßt, Heraufsetzung der Klassenbesuchszahlen, Zusammenlegung von Klassen, Erhöhung des Arbeitsmaßes der Lehrkräfte. Um bei letzterem Punkte anzufangen: in allen Betrieben ist die Arbeitsleistung des Einzelnen gegenüber der Vorkriegszeit gesunken, eine natürliche Folge der schweren Kriegszeit; die Arbeitszeit ist ganz allgemein erheblich herabgesetzt worden, und man hat das als soziale Errungenschaft gepriesen — nur bei den Lehrern glaubt man den umgekehrten Weg gehen zu können. Hier handelt es sich ja „nur" um eine Kulturfrage, die sich nicht gleich in klingende Münze umrechnen läßt. Dementsprechend will der Städtetag denn auch, wenn er die Arbeitszeit heraufsetzt, gleichzeitig das Arbeitspensum vergrößern, indem er für Volksschulen 60 Schüler in die einzelnen Klassen zusammenpfercht und in den höheren Schulen fast die gleichen Zahlen, wenigstens in den unteren Klassen, anstrebt.

Werden aber, so fragen wir nochmals, die Vertreter der westfälischen Städte gewillt sein, dieser Politik des deutschen Städtetages ihre Zustimmung zu geben? Oder ist es nicht endlich an der Zeit, daß Westfalen sich auf seine Rolle als Vorkämpfer für Arbeit und Fortschritt besinnt und den deutschen Städtetag zur Vernunft bringt? Das eine ist sicher: die Vertreter, die am 23. Juli in Dortmund zusammentreten, werden nach ihrer Rückkehr gefragt werden, was sie hierfür getan haben. Und es wäre nicht gut, wenn sie darauf keine Antwort wüßten.

W. P. C.

Eine neue Wohnungsbaupolitik in Preußen.

85 Proz. bezw. 110 Proz. Mietzuschlag für Dortmund genehmigt. — Die Entscheidung für Essen und Gelsenkirchen noch vorbehalten.

kl. Die Stadtverordnetenversammlung von Dortmund hatte im Frühjahr die Aufnahme einer Anleihe von 50 Millionen Mark für Zwecke des Wohnungsbaues beschlossen. Zur Tilgung und Verzinsung wurden die Grund- und Gebäudesteuern um 5 pro Mille und ferner die Abgaben für Entwässerung, Müllabfuhr und Straßenreinigung erhöht. Damit der Hausbesitz die neuen Lasten tragen könne, beantragte die Stadt beim Präsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk bezw. beim preußischen Minister für Volkswohlfahrt die Erhöhung der Mietzuschläge auf 85 Prozent für Wohnräume, einschließlich der Kosten für besondere Instandsetzungsarbeiten, und die Erhebung eines weiteren Zuschlages von 25 Prozent für gewerblich genutzte Räume. Die Stadtverordneten knüpften an die Bewilligung der Anleihe die Bedingung, daß die 50 Millionen nur dann für Wohnungsbauten zu verwenden seien, wenn der Minister die beantragten Mietzuschläge genehmige.

Der Dortmunder Mieterverein hatte sofort Einspruch gegen die Erhöhung der Mieten erhoben. Nunmehr hat jedoch der Wohlfahrtsminister dem Präsidenten des Ruhrkohlenbezirks mitgeteilt, daß er gegen die beantragte Erhöhung der Mietzuschläge durch die Stadt Dortmund keine Bedenken habe. Der Minister macht jedoch darauf aufmerksam, daß die in den obigen 85 Prozent enthaltenen 20 Prozent Zuschläge für die gestiegenen Grund- und Gebäudesteuern erst dann erhoben werden dürfen, wenn in aller Form und unbedingt die Beschlüsse der städtischen Körperschaften über die Erhöhung der Realsteuern aus Anlaß der neuen Anleihe vorliegen.

Diese Entscheidung des Ministers dürfte nichts weniger bedeuten als die Einleitung einer

neuen Wohnungsbaupolitik in Preußen,

nachdem noch vor kurzer Zeit darauf hingewiesen worden war, daß 50 Prozent Zuschlag für Wohnräume und 80 Prozent für gewerblich benutzte Räume die Höchstgrenzen seien, über die der Minister nicht hinausgehen wolle, und daß daher die Städte für die Finanzierung ihrer Wohnungsbauvorhaben andere Wege ausfindig machen müßten, als die Erhöhung der Mietzuschläge. Noch kürzlich erregten die aussichtslosen Bemühungen der Stadt Düsseldorf, ihre Zuschläge auf 65 Prozent zu erhöhen, das Interesse der Verwaltungskreise. Die Genehmigung so hoher Zuschläge für Dortmund kann selbstverständlich kein Einzelfall bleiben; was der einen Stadt recht ist, ist der anderen billig. Aehnliche Finanzierungspläne für den Wohnungsbau wie in Dortmund sind im Ruhrkohlenbezirk auch in Essen und Gelsenkirchen beschlossen. In dem Antwortschreiben betreffs des Dortmunder Antrags teilt der Minister zwar mit, daß er wegen der für die übrigen Städte gestellten Anträge die Entscheidung noch vorbehalte, doch wird diese nicht wesentlich anders ausfallen können. Und die weiteren Städte werden nun wohl nicht säumen, sich diese neue Finanzierungsmöglichkeit für größere Bauvorhaben, als bisher beabsichtigt waren, zunutze zu machen.

Die veränderte Politik des Ministers dürfte veranlaßt sein durch die

völlige Unzulänglichkeit der bisherigen Wohnungsbauförderung

und durch die unzulängliche Notwendigkeit einer Heranziehung der Mieterschaft zur Finanzierung der Wohnungsbauten, die von allen praktischen Wohnungspolitikern gefordert wird. Die neue Politik des Ministers bewegt sich aber auch in derselben Richtung wie das neue Reichsgesetz über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Es fragt sich nun, ob Mietzuschlagerhöhungen zum Zwecke der Wohnungsbaufinanzierung und reichsgesetzliche Abgabe nebeneinander zulässig sind. Diese Frage wird vom Minister erst noch geklärt werden müssen; die Antwort wird jedoch höchstwahrscheinlich verneinend ausfallen. Einen Fingerzeig in dieser Richtung gibt die Bestimmung des neuen Reichsgesetzes, wonach die 10 prozentige Abgabe auch in anderer Form erhoben werden kann. Als diese andere Form kommt vor allem die Erhöhung der Mietzuschläge in Betracht, worauf auch von der ausdrückliche Hinweis des Ministers in seinem Dortmunder Bescheid auf die unbedingte Verbindung mit der Erhöhung der Realsteuern und der Wohnungsbauanleihe hindeutet. Die tatsächliche Lage wird in Preußen künftig voraussichtlich die sein, daß die 10 prozentige Abgabe in der reichsgesetzlich vorgesehenen oder in einer anderen Form erhoben werden muß, daß aber in der Form der erhöhten Mietzuschläge für Wohnungsbauzwecke erheblich mehr, als der 10 prozentigen Abgabe entspricht, erhoben werden kann (wie in Dortmund) und daß beide Wege nebeneinander nicht gangbar sind.

Die Frage der Erhöhung der Mietzuschläge aus anderen Gründen als zum Zwecke der Wohnungsbaufinanzierung bleibt natürlich eine Sache für sich.

Doktrin und Volkswohl.

Zur Ueberstundenfrage im Kohlenbergbau.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Unserem Volke ist es schon oft zum Unsegen geworden, daß Lehren und Meinungen mit einer Einseitigkeit vertreten wurden, die den Blick für die Wirklichkeit trübte. Auch im Parteileben beherrscht das „Programm", die Doktrin, alles Tun und Lassen. Unser armes Vaterland wäre besser daran, wenn nicht so viele Parteien sich um die Richtigkeit und Nützlichkeit ihrer Programme stritten, wenn das Volk nicht so zerrissen, gespalten wäre, wenn vor allem mehr das Gemeinsame, das Allgemeine, berücksichtigt würde.

Ist schon das Festhalten an vorgefaßten Meinungen, die Unbelehrbarkeit durch Tatsachen im politischen Leben hemmend und schädigend für das Gesamtwohl — das doch oberstes Gesetz sein soll und muß —, so ist das noch mehr der Fall im wirtschaftlichen Leben. Denn hier entscheiden nicht Theorie, Lehrmeinungen und Weltanschauungen, sondern

Realitäten.

An Tatsachen kommt man nicht vorüber — kein Geringerer als Lenin, der das marxistische Programm in Reinkultur durchführen wollte, hat dies nach mehrjährigen, für das russische Volk so ungeheuer teuren Versuchen, den Kommunismus zu verwirklichen, eingesehen.

Er hat den Kleinkapitalismus im Lande wieder aufzurichten begonnen, hat dem ausländischen Großkapital Konzessionen erteilt, hat die verjagten Betriebsleiter wieder eingesetzt und mit großen Machtvollkommenheiten ausgestattet, hat die Arbeitszeit, um der grenzenlosen Not zu begegnen, verlängert, da es nichts zu verteilen gibt, wo nichts erzeugt wird.

In Deutschland gehen noch Viele, verblendet durch Phrasen, an diesen Vorgängen in Rußland, die doch nichts anderes sind als eine

Bankerotterklärung des Kommunismus,

vorüber. Hier beherrscht die blutleere Theorie, die hohle Phrase, noch große Massen des Volkes. Schlagworte regieren noch. Eins der trügerischsten ist das Schlagwort von den „Errungenschaften der Revolution". Als deren oberste wird der Achtstundentag angesehen — wehe, wer an diesem nolli me tangere zu rütteln wagt! Was hat der Achtstundentag in Wahrheit gebracht? Hohe Preise! Denn es ist doch klar, daß kürzere Arbeitszeit in der Regel die Erzeugung von Lebensmitteln und Waren verteuern muß. Der schrankenlose, obligatorische Achtstundentag bringt keine Gleichheit, er ist vielmehr ungerecht, da er nicht unterscheidet zwischen leichter und schwerer Arbeit, solcher in gesunden, behaglichen Räumen oder solcher in ungesunder Luft, in Hitze oder Kälte. Ehrliche Gewerkschaftsführer, wie der frühere Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Abg. Sachse, haben den einheitlichen Achtstundentag als eine verfehlte, unglückliche Maßnahme der „Volksbeauftragten" bezeichnet.

Sicherlich wäre es zu begrüßen, wenn die Arbeitszeit noch mehr verkürzt werden könnte, ohne die Lebenshaltung zu verteuern und damit zu verschlechtern. Das ist aber auf absehbare Zeit nicht möglich.

Im Gegenteil: nur Verlängerung der Arbeitszeit überall da, wo das ohne Nachteil geschehen kann, wo sie früher üblich war, um eine Stunde, könnte die Wunde heilen, die Schäden bessern. Die Lebensmittel würden billiger, die Wohnungsnot eher beseitigt, Schuhe, Kleider und alles, was man braucht, würden im Preise fallen. Da, wo die Arbeit schwer, gesundheitsschädlich, müßte sie auf 8 Stunden oder darunter bemessen werden. Das wäre soziale Gerechtigkeit — doch keine öde Gleichmacherei.

Der

Achtstundentag

war die Ursache, daß die Bergarbeiter eine Verkürzung ihrer Achtstundenschicht auf sieben Stunden forderten und durchsetzten. Die Folge war ein Rückgang der Kohlenerzeugung. Um diese zu mildern, wurde das Ueberschichtenabkommen getroffen. Aber da die Bergleute nicht, was richtiger gewesen wäre und sie nicht überanstrengt hätte, jeden Tag eine Stunde mehr arbeiten wollten, so machten sie zweimal in der Woche 3½ Stunden mehr — was ihnen körperlich nicht bekam und auch wirtschaftlich unzweckmäßiger war. Seit April haben sie die Ueberschichten ganz eingestellt.

Jetzt stehen wir vor einer

schweren Kohlennot.

Oberschlesien ist zerrüttet, es liefert keine Brennstoffe, es muß noch Ruhrkohle haben. Die Entente aber verlangt rücksichtslos ihre Spaa-Kohlen, allmonatlich 2 200 000 Tonnen. Die deutsche Industrie jedoch muß sich noch mehr einschränken, kann ihre Anlagen nicht ausnutzen. Betriebskostenverteuerung, Arbeitslosigkeit sind die Folge. Unsere Eisenbahnen, unsere Wasser- und Lichtwerke leben von der Hand in den Mund, große Einschränkungen stehen bevor und drohend erhebt sich das Gespenst einer Kohlennot auch für Hausbrand und Winterbedarf.

Den Ruhrknappen aber, die an sich nicht abgeneigt sind, zur Linderung der Not Ueberstunden zu machen, verbieten dieses die Doktrinäre. Ihnen kommt das Volkswohl zuletzt, die Theorie zuerst. Die Phrase soll das Wirtschaftsleben meistern. Da richtete die Regierung noch einmal einen Appell an die gesunde Einsicht der Bergarbeiter, dem Vaterlande zu helfen, dem Volke, den Arbeitslosen durch Leistung von Ueberstunden.

Wird der Appell fruchten? Ueberlegung sollte den Bergarbeitern sagen, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, die Belegschaftsziffern so voreilig zu steigern, daß bei späterem Einsetzen der englischen Konkurrenz Feierschichten eingelegt, Arbeiter entlassen werden müssen. Werden bis zur Beseitigung der Kohlennot Ueberstunden gemacht, so kann die Belegschaftsvermehrung Hand in Hand mit der Vervollkommnung der Betriebsanlagen so vor sich gehen, daß später keine Krise einzutreten braucht.

Nicht den Theoretikern, den Parteipolitikern soll in dieser wichtigen Frage die Entscheidung zustehen. Sie darf nur geprüft werden unter dem Gesichtswinkel der Tatsachen. Stellen die Ruhrknappen das Volkswohl über die Doktrin und Phrase, dann werden sie sich nicht weigern, die Not abzuwenden, die sonst über das ganze Volk und damit auch über sie und ihre Familien hereinbricht.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 21. Juli.

Die Informationsreise des Regierungspräsidenten von Arnsberg.

ki. Aus Herne wird uns unterm 20. d. Mts. berichtet: Der Regierungspräsident König von Arnsberg, der sich, wie gemeldet, auf einer Reise im Industriegebiet befindet, um wegen der schwebenden Eingemeindungsfragen mit den Interessenten Verhandlungen an Ort und Stelle zu führen, traf gestern morgen 8 Uhr in Begleitung des Dezernenten Regierungsrat Fulda-Arnsberg von Gelsenkirchen kommend in Herne ein und wurde im Rathause von Oberbürgermeister Dr. Sporleder und den übrigen besoldeten Magistratsmitgliedern empfangen. Den Vertretern der Stadt Herne wurde Gelegenheit gegeben, in eingehendem Vortrage die besonderen Herner Eingemeindungs- und Ausdehnungswünsche vorzutragen, woran sich eine Besprechung der bei dem Gesamteingemeindungsproblem in Betracht kommenden größeren Gesichtspunkte anschloß. Die Stadt Herne verfolgt als ihr Ziel auf der Basis des Rhein-Herne-Kanals und der Emscherkohle einen Zusammenschluß der Kanalgemeinden in der West-Ost-Richtung, nämlich von Wanne-Eickel über Herne bis einschließlich der Aemter Bladenhorst und Sodingen, sowie der Gemeinden Bergen und Gerthe, entweder in der Form des völligen kommunalen Zusammenschlusses oder der loseren Interessenverbindung in Form eines Zweckverbandes. Die Verwirklichung dieses Zieles würde als Ergebnis zeitigen eine Aufteilung des engeren Industriebezirks unter Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und dem obengenannten Interessenkonzern Herne, dem sich nördlich der Emscher ein Groß-Recklinghausen anschließen würde. — Um ¼10 Uhr begab sich der Regierungspräsident in Begleitung des Oberbürgermeisters nach dem gemeinschaftlichen Hafen Herne-Wanne, wo er den eingehenden Vortrag des Hafendirektors Wehrspan über die Bedeutung und die Ausdehnungsmöglichkeiten des Hafenunternehmens entgegen nahm. Weiter schloß sich daran eine Bereisung des Landkreises Gelsenkirchen, vor allem, wie schon berichtet, der Besuch von Wanne, Eickel und Wattenscheid, wo die dortigen Körperschaften und Verwaltungen ebenfalls Gelegenheit hatten, ihre Interessen in der Eingemeindungsfrage vorzutragen.

Wie wir noch hören, sind im Anschluß an diese Reise des Regierungspräsidenten die beteiligten Gemeinden aufgefordert worden, ihre Wünsche betreffs der Eingemeindungsfrage dem Ministerium des Innern schriftlich einzureichen, das daraus einen zusammenfassenden Bericht an die Staatsregierung erstatten wird. Daraus geht hervor, daß die Regierung die Eingemeindungsfragen im engeren Industriegebiet nunmehr ohne weitere Verzögerung lösen will.

—* **Reichsbeamtenausschuß der Deutschen Volkspartei.** Im Anschluß an eine Vollversammlung des Reichsschulausschusses der Dtsch. Volkspartei wird am Nachmittag und Abend des 3. Sept. und am 4. Sept. in Ausführung eines auf dem Parteitage in Nürnberg gefaßten Beschlusses eine allgemeine Beamtentagung der Deutschen Volkspartei in Berlin stattfinden. Da die Tagesordnung wichtige Beamtenfragen enthalten wird, welche dringend der Lösung bedürfen, wird gebeten, daß sämtliche Wahlkreise sich durch die Entsendung von mehreren Vertretern aus der Beamten- und Lehrerschaft, Männern und Frauen, beteiligen und die Vorbereitung in die Hand nehmen.

—* **Einstellung des Fernsprechbetriebes bei Gewittern.** In der gegenwärtigen gewitterreichen Zeit ist zuweilen die plötzliche Einstellung des Fernsprechbetriebes nicht zu umgehen. Nach den Bestimmungen (S. 5 des Amtlichen Fernsprechbuchs, „Allgemeines", vierter Absatz) werden bei schweren Gewittern im Bereiche des Ortsfernsprechnetzes Gesprächsverbindungen wegen der Gefahr für die Teilnehmer und für die Beamten des Fernsprechamts nicht hergestellt. Zum Bereich des Ortsfernsprechnetzes Bochum gehört nicht nur die Stadt, sondern auch die Umgebung (Eickel, Gerthe, Günnigfeld, Harpen, Höntrop, Hordel, Laer, Stiepel, Wanne, Wattenscheid, Weitmar usw.). Der Betrieb in den Fernleitungen wird sogar von den in noch weiterer Entfernung niedergehenden atmosphärischen Entladungen gefährdet, sodaß jeder Verkehr in den betreffenden Leitungen ruhen muß, auch wenn die Bochumer Bevölkerung selbst das Gewitter nicht wahrnimmt. Die Unannehmlichkeit derartiger plötzlicher Verkehrseinstellungen für die Geschäftswelt wird nicht verkannt, doch läßt sich gegen „höhere Gewalt" leider nichts ausrichten. Das Ziel der Reichstelegraphenverwaltung geht dahin, die oberirdischen Leitungen nach und nach in unterirdisch geführte Leitungen umzuwandeln, die vom Gewitter unbeeinflußt bleiben. Das kann noch viele Jahre dauern, immerhin, unsere Kinder werden es in dieser Hinsicht einmal besser haben als wir, und das ist auch ein Trost.

* **Friede im Baugewerbe.** Am 19. Juli 1921 fanden in Essen unter der Leitung der Herren Beigeordneten Dr. Hüttner, Oberbürgermeister Dr. Most und Gewerkschaftssekretär Reiter Lohnverhandlungen zwischen dem Westdeutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe und den Vertretern der hier in Betracht kommenden drei Bauarbeiterorganisationen statt. Nach langer, sehr schwieriger Verhandlung einigten sich die Parteien dahin, daß der Stundenlohn der Facharbeiter ab 18. Juli von 6,95 Mark auf 7,80 Mark und der Stundenlohn der ungelernten Arbeiter von 6,85 Mark auf 7,50 Mark erhöht werden soll. Bis spätestens 22. Juli werden die Parteien in ihren Versammlungen zu diesem Ergebnis Stellung nehmen und für deren Annahme eintreten, damit die Aussperrung, sowie die Teilstreiks aufgehoben und die Arbeit am 23. Juli aufgenommen wird.

† **Weitere Verbesserungen im Fernsprechverkehr.** Im Verkehr mit Hagen (Westf.) sind zwei neue Bezirksleitungen in Betrieb genommen worden. Die Zahl der Leitungen zwischen Bochum und Hagen beträgt nunmehr 11, einschl. 3 Leitungen für den reinen Fernverkehr. Zur Entlastung des Meldeamts werden von jetzt ab Massenanmeldungen von Ferngesprächen nicht mehr über das Meldeamt geleitet, sondern auf besonderen Apparaten entgegengenommen. Der Uebelstand, daß in der Hauptmeldezeit, 8—10 Uhr vorm., Einzelanmeldungen durch gerade im Gange befindliche Massenanmeldungen mehr oder weniger lange Verzögerungen erlitten, ist nunmehr beseitigt.

ha. **Keine Reichsdrehorgeln.** Die Abgabe von Drehorgeln an Kriegsbeschädigte hatte eine Hauptfürsorgestelle beim Reichsarbeitsminister zur Sprache gebracht. Sie hatte angefragt, ob die Lieferung im Fürsorgewege in Ausnahmefällen zulässig sei. Der Minister hat sich aber dagegen auf das entschiedenste gewandt. Er wiederhole die Auffassung, die er von jeher vertreten habe, daß Kriegsbeschädigte von allen Berufen fernzuhalten sind, die mittelbar einen Anreiz zum Betteln bieten können. Sollten Fürsorgestellen trotzdem in Zukunft Kriegsbeschädigten Drehorgeln bewilligen, so müsse er eine Beteiligung des Reiches an den Kosten ablehnen. Im übrigen hätten die bisherigen Erhebungen keinen Anhalt für die Richtigkeit der Behauptung ergeben, daß Fürsorgestellen Kriegsbeschädigten Drehorgeln geliefert haben.

⊙ **Auf dem Wochenmarkt** auf dem Wilhelmsplatz herrschte gestern äußerst reges Leben. Das Angebot in Obst und Gemüse war groß. Es überstieg die Nachfrage bei weitem. Die Kauflust war im großen und ganzen nahezu flau. Die Preise schlossen sich denen der letzten Tage fast gleichlaufend an. Es kosteten Dicke Bohnen 1,80—2,00 Mk., Brechbohnen 6—7 Mk., Rotkohl 1,70—2,50 Mk., Weißkohl 1,20—1,50 Mk., Blumenkohl 3,50—4,00 Mk., Möhren 1,50 Mk., Gurken 3,00—4,50 Mk., Wurzeln 1,20 Mk., Zwiebeln 1,50 Mk., Salat 2,50 Mk. Eier wurden 3 Stück zu 5,00 Mk. abgegeben. Die Obstpreise zeigten wenig Aenderungen. Kirschen wurden zum Preise von 4,50—5,00 Mk., Stachelbeeren von 4,50—5,00 Mk., Pflaumen 6,00 Mk., Aepfel 5,00—6,00 Mk., Birnen 3,50 bis 5,00 Mk., Waldbeeren zu 4—4,50 Mk., Tomaten zu 3,50—4,00 Mk., Preißelbeeren zu 3,25—3,50 Mk., abgegeben.

⊙ **Venezianische Nacht in der Kaiserau.** Eine Sonderveranstaltung großen Stils findet am Donnerstag abend in der Kaiserau statt. Als Neuheit für Bochum wird vor allem das große Freilichtballett der Ballettmeisterin Drassatt vom Essener Stadttheater (mit ihrem Ballettkorps) eine große Anziehungskraft ausüben. Nach Eintritt der Dunkelheit werden am Seeufer bei entsprechender Beleuchtung Solo- und Gruppentänze aufgeführt, welche von einem besonderen Orchester begleitet werden. Es sind Tänze von Brahms, Dvo[illegible] Chopin, Schubert und Joh. Strauß vorgese

Im illuminierten Garten konzertiert ein gutes Orchester, desgleichen wurde für die Leitung der Ballmusik im Saal der bekannte Komponist moderner Tanzweisen, Ernesto-Ernesto verpflichtet. Die Straßenbahn stellt für den Abendverkehr Sonderwagen. (Näheres im heutigen Anzeigenteil.)

* **Gaspreise.** Auf die Bekanntmachung des Elektrizitätswerks Westfalen in der vorliegenden Ausgabe betr. Gaspreise für die Gemeinden Günnigfeld und Hordel sei hiermit hingewiesen.

Aus dem Landkreise Bochum.

* **Weitmar,** 20. Juli. Heldenhain. Durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg ist die dem Ausschuß für Ehrung der gefallenen Krieger erteilte Genehmigung zur Abhaltung einer Sammlung zwecks Errichtung eines Heldenhains für die gefallenen Krieger in Weitmar bis zum 15. Dezember 1921 verlängert worden.

✕ **Hofstede,** 20. Juli. Der Bezirksverein der Deutschen Volkspartei Hofstede hielt am Sonntag, den 17. Juli 1921 seine Monatsversammlung bei von Hören ab. Großes Interesse fanden die Anregungen des 1. Vorsitzenden Herrn Reviersteiger Achenbach über einen gemeinschaftlich geplanten Ausflug mit der Jugendgruppe nach Merklinde. Der Ausflug soll am Sonntag, den 21. Aug. stattfinden. Nähere Bekanntgaben erfolgen noch durch den Märkischen Sprecher. Die Vorbereitungen wurden einem Festausschuß übertragen. Nach dem geschäftlichen Teil hielt Herrr Justizsekretär Reesen einen Vortrag über Sozialpolitik.

Aus der Nachbarschaft.

kt. **Herne,** 20. Juli. Die letzte Stadtverordnetensitzung, geleitet von dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Lenarowski, wuchs sich wieder einmal trotz großer Hitze zu einer Dauersitzung aus. Erfolg: Die Presse verließ den Sitzungssaal, während die Stadtväter lustig weiter tagten. Vielleicht trug das Verabreichen von kühlen Getränken durch den Magistrat zur Redelust bei. Vor Eintritt in die Tagesordnung war eine Anfrage betr. Zugänglichmachung von Sonntagskarten an die Herner Bevölkerung zu erledigen. Das Kollegium hat einen entsprechenden Beschluß, den der Magistrat unterstützt, herbeigeführt. Für das ausscheidende Mitglied Bodau wurde der nachfolgende Stadtverordnete Seltmann (USP.) verpflichtet. Desgleichen wurde die Einführung des Stadtverordneten Wirth (Pole) als Stadtrat erledigt. Die durch das Ausscheiden des Stadtverordneten Bodau frei werdenden Kommissionssitze wurden dem Stadtv. Seltmann übertragen. Die Vorschläge der Wahlkommission betr. Ergänzungswahlen für die Zehner-Kommission zur Festsetzung der Höchstgrenze für Mietsteigerungen gemäß § 1 der Preußischen Gesetzessammlung werden angenommen. Einige kleinere Vorlagen wie Niederschlag von Gehaltsüberschüssen, Anleihe an die Gasversorgungsgesellschaft Sodingen, Anleihebürgschaft für die Westfälische Straßenbahn werden verhandelt und genehmigt. Einen größeren Zeitraum verschlangen die Verhandlungen der Beschaffung eines Dienstautos. Der Antrag stand schon einmal zur Verhandlung und wurde trotz eingehender Begründung durch den Oberbürgermeister Dr. Sporleder bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Erhöhung der Honorarsätze für Schulärzte, die Wahlen zum Westfälischen Städtetag, Erweiterung des Schlachthofes, Zuschuß an den Ziegenzuchtverein, Neufestsetzung der Gebühren für die städtischen Friedhöfe u. a. wurden erledigt.

kt. **Herne,** 20. Juli. Deutsche Volkspartei. Unter der Leitung des 1. Vorsitzenden Herrn Direktor Tegeder hielt der Hauptverein der D. V. P. am Sonntag im Lokale Hirdes (Ostentor) seine diesjährige Hauptversammlung ab. Herr Direktor Tegeder verbreitete sich einleitend über die politischen Ereignisse im Jahre 1920, die sich förmlich überstürzt hätten und das Geschäftsjahr in seiner Arbeit stark beunruhigt habe. Dem Kapp-Putsch sei die Reichstagswahl gefolgt, bei der die D. V. P. einen gewaltigen Sieg errungen habe. Auch sei hieraus eine bürgerliche Regierung entstanden, der viel Gutes zu verdanken sei. Auch der einmütigen Parteitage der D. V. P. gedachte der Redner. Das wichtigste Ereignis in der letzten Zeit sei doch die Annahme des Ultimatums, das gegen alles Völkerrecht uns aufgezwungen und durch eine Mehrheit angenommen und unterschrieben wurde. Redner ist aber der Ueberzeugung, daß die Folgen des Ultimatums in vielen Kreisen noch nicht verstanden werde. Die Hoffnungen, die man auf England setze, seien trügerisch. Die oberschlesische Frage, die Fragen des Rheinlandes und des Saarreviers, Steuerfragen wurden vom Redner behandelt. — Ueber die Tätigkeit des Hauptvereins berichtete der Parteisekretär Korst. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß insgesamt 13 Sitzungen, 8 Versammlungen und 4 Veranstaltungen stattgefunden haben. Im Berichtsjahre haben sieben auswärtige Redner in der Partei in Herne gesprochen. Die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle hat 388 Auskünfte, worunter 218 Schriftsätze sind, erteilt. — Den imposantesten Teil der Versammlung bildete der Vortrag des Herrn Rektor Surmann aus Bochum über das Thema „Glaube und Heimat". Am Schlusse der Versammlung fand eine Entschließung einstimmige Annahme.

Aus den Provinzen.

nb. **Rauxel,** 20. Juli. Bergmannslos. Der Bergmann Karl Wamgaus wollte im Grubenbetriebe der Zeche Viktor auf den Rand eines Förderwagens treten, bekam dabei das Uebergewicht und schlug mit dem Kopf auf den Wagenrand auf. Hierbei erlitt er sehr schwere Verletzungen, die seinen alsbaldigen Tod herbeiführten.

* **Hagen,** 20. Juli. Bau eines Bürohauses. Die Hagener Wohnungsfürsorgegesellschaft verwirklicht gegenwärtig ein Bauprogramm, das die Beachtung aller Kommunalpolitiker verdient. Es handelt sich um die Errichtung des Hagener Bürohauses, eines Riesenbaues von vier Geschossen mit einer Frontlänge von 86 Metern, das der Aufnahme des Polizeipräsidiums, der Diskontogesellschaft und der Geschäftsräume weiterer 10 Firmen dienen soll, die alle auf die Dauer von 10 Jahren gemietet haben. Das Gebäude, mit dessen Bau in der vergangenen Woche begonnen wurde, soll am 1. Januar bezogen werden. Die Baukosten betragen 6 Millionen Mark. Die von den Firmen in der Stadt bisher als Büroräume benutzten Wohnungen können dann ihrem Zweck wieder zugeführt werden.

nb. **Osterfeld,** 20. Juli. Todessturz aus dem Fenster. Ein junges Mädchen aus der hiesigen Glückauf-Kolonie, das man schon wiederholt wegen Betrügereien zur Verantwortung gezogen hat, hatte kürzlich ein Kloster in Münster aufgesucht, um wieder auf einen ordentlichen Weg gebracht zu werden. Hier hat sich das Mädchen in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster des dritten Stockwerks gestürzt; es wurde tot vom Platze getragen. — Bereits im Januar d. J. hatte es sich aus einem Fenster der zweiten Etage des hiesigen Verwaltungsgebäudes gestürzt, wobei es aber nur leichte Verletzungen davontrug.

TBO. **Bocholt,** 20. Juli. Mord im Eisenbahnabteil. In einem Abteil vierter Klasse des auf der Strecke Emmerich—Empel verkehrenden Personenzuges verlangte der Zollbetriebsassistent Strecker aus Elten von einem in Praest zugestiegenen verdächtigen Menschen die Oeffnung zweier schwerer Pakete. Der Verdächtige verweigerte dies und schoß Strecker ohne weiteres nieder. Als der Zug durch Ziehen der Notleine zum Stehen gebracht wurde, entfloh der Mörder. Er wurde aber sofort verfolgt und nach heftigem Kampfe, bei dem er eine Anzahl Schüsse abgab, ergriffen. Es handelt sich um den in den 20er Jahren stehenden Schlosser Josef Bönner aus Rheydt. In den beiden Paketen, die er mit sich geführt hatte, befanden sich etwa 30 Kg. Silberwaren; außerdem trug Bönner am Leibe zwei Rollen mit holländischen Goldmünzen, einen Hostienkelch, eine Monstranz usw. und im Rucksack eine anscheinend mit Blut befleckte Litewka. Der erschossene Zollbetriebsassistent Strecker, ein früherer Südwestafrika-Kämpfer, war einer der tüchtigsten und eifrigsten Grenzbeamten.

* **Mainz,** 20. Juli. Die Sühne für die Höchster Bluttat. Heute früh 5½ Uhr wurde auf dem Großen Sand bei Gonzenheim der Raubmörder Mohamed Ben Ahmed von der 1. Maschinengewehrkompagnie des 63. marokkanischen Schützenregiments, der am 27. Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war, erschossen. Die Exekution dauerte nur einige Sekunden. Der Delinquent zeigte volle Kaltblütigkeit und rauchte, bis ihn die Kugeln niederstreckten. Dem Strafvollzug wohnten Abordnungen sämtlicher in und um Mainz garnisonierender Regimenter bei sowie das vollständige 63. marokkanische Schützenregiment, ebenso Vertreter der Presse, der Oberstaatsanwalt von Wiesbaden, Vertreter der Stadt Höchst a. M. und ein Schwager des Ermordeten.

Eine Heimatwoche in Münster.

(1.—4. August.)

Die Lehrerschaft der Stadt Münster veranstaltet in der ersten Augustwoche eine größere Anzahl von Vorträgen, unterrichtlichen Führungen und praktischen Darbietungen, die, aus idealem Sinn und Streben geboren, den höchsten Idealen in der Jugenderziehung und Volksbildung dienen, einer seelischen Umstellung auf unabweisbare neuzeitliche Bildungsforderungen den triebkräftigen Wurzelboden bereiten, einer gründlichen inneren Volkserneuerung nach besten Kräften die Wege ebnen helfen. Pflichtgefühl stellt sich die Lehrerschaft hier freudig mit ganzer Kraft in den idealgaben, an deren Lösung die heimat- und vaterlandsfrohen Wohlmeinenden aller Stände, Berufe und Schichten ihr ganzes Wollen setzen und ihr volles Können ernstlich versuchen.

Denn die Gegenwart erscheint allen, die offenen Auges und einigermaßen urteilsfähig sind, wie grauenvolle Verblendung, ja, wie dunkle Nacht.

Dem Kriege folgte der Volkssturm von innen- und beiden Schutt und Trümmer vergangener Größe, zerstobener Macht, verworfener äußerer und innerer Kraft, ein Niedergang des Volkes auf vielen Lebensgebieten, Verwirrung und Blendung der Geister und — leider Gottes! — auch eine Zerrüttung unserer Jugend.

„Tiefe Nacht, wohin ich schaue,
Hand und Fuß umwob die Norne
Mit des Schicksals dunklen Fäden,
Die sie spann in ihrem Zorne."

Aber aus Blut und Tränen, aus Grauen und Not stieg ein Gedanke schon im Kriege leuchtend auf: die Heimat! Und aus den Irrungen und Wirrungen der Gegenwart erhebt sich allgewaltig eine Forderung: Die Jugend!

Als wir im sicheren Vollbesitz unserer Heimat waren, achteten wir sie kaum. Als sie uns alles war und gab, wessen wir bedurften, kannten wir sie ihrem ganzen Wesensinhalt nach vielleicht nicht vollkommen. Erst als wir fürchten mußten, sie zu verlieren, fingen wir an, sie zu schätzen und gebührend zu lieben, sie zu suchen mit allen Herzensfasern. Und wir fanden sie, entdeckten sie in ihrer allumfassenden Bedeutung für unser Werden und Sein. Wir fanden unsere Heimat wieder, da wir unser Vaterland verloren. — Wir alle haben sie kennen gelernt: die Kraft, die aus Heimatgefühl und Heimatliebe in die Herzen, Hirne und Hände unserer Volksgenossen in den vergangenen Jahren geströmt ist. Wir Erzieher haben diese Kraft pflichtgemäß und aus innerstem Herzenstriebe zu nähren gesucht und hegen nun die Hoffnung, daß die Heimat der Jungbrunnen innerer Erneuerung und der wirtschaftlichen Wiedererstarkung werde.

Vor uns steht die Jugend — unseres Volkes und Vaterlandes Zukunft! Sie heischt eine Bildung, die verwurzelt ist in dem nährenden Boden der heimatlichen Verhältnisse, eine Wegweisung zu den Idealen, die aus geordneten heimatlichen Zuständen so kernecht und sturmstark erwachsen, daß sie bei rechter Pflege nicht welken noch verblassen und entwurzelt werden.

Die Lehrerschaft Münsters will nun durch Veranstaltung ihrer münsterischen Heimatwoche die Kraftquellen der Heimat für die Jugendbildung und Jugenderziehung nach Möglichkeit zu nützen versuchen. Sie möchte durch ihre Veranstaltungen zeigen, daß in der Heimat nicht allein der Wurzelboden der körperlichen Kraft und leiblichen Gesundheit zu suchen ist, sondern daß vor allem in ihr die Nährquellen der seelischen, sittlich-religiösen Stärke, der Lauterkeit des Wesens und Wollens und der Charakterfestigkeit, der ernsten, nachdenklichen Lebensrichtung in nie versiegender Fülle sprudeln.

Heimat und Jugend — sie verpflichten uns zu ernster Arbeit. Unsere Jugend kann beanspruchen eine verständige, liebevolle, hingebende Pflege. Heimat und Schule sind also zwei Angelpunkte unserer Arbeit und unseres Strebens, um die sich alle Darbietungen der Heimatwoche bewegen werden.

Ist solches Mühen, solches Ziel des Schweißes aller Edlen wert, so darf die münsterische Lehrerschaft wohl auch auf allseitige freundwillige Förderung durch Behörden und Vereine, durch alle Erziehungsbeflissenen in Stadt und Land, vor allem durch die gesamte Lehrerschaft Westfalens rechnen.

Mit vereinter Kraft zum erstrebten Ziel! L.

Statt Karten

Martha Goldschmidt
Dr. rer. pol. Alfred Mayer
Verlobte

Camberg (Taunus) Obertor 11 — Bochum Rottstraße 7

22. Juli 1921.

Statt Karten

Karl Caspers
Marie Caspers
geb. Abendroth
Vermählte.

Essen, 21. Juli 1921. Richard Wagnerstr. 20.

Danksagung.

Allen Denjenigen, die uns beim Heimgange unserer Tochter ihre Teilnahme erwiesen haben, sei an dieser Stelle recht herzlich gedankt.

Familie Jul. Trumbach.

Hordel, Hammerstr. 4.

Vivat Herta!

Meiner lieben Frau u. unserer lieben Nachbarin zu ihrem Geburtstage am 21. Juli die herzlichsten Glückwünsche und ein dreifach donnerndes Hoch, daß der ganze Schilde wackelt.

Gewidmet von ihrem lieben Mann, ihren lieben Nachbarn und Mitt.

Habe mich in Bochum, Schillerstraße 22, Ecke Humboldtstraße als

praktischer Arzt u. Geburtshelfer

niedergelassen.

Höhensonne und Diathermiebehandlung.

Sprechzeit: Vormitt. von 8½—10½ Uhr, nachmitt. von 3—4½ Uhr

Fernsprecher 772.

Dr. med. Albrecht Meyer.

Stadt Bochum.

Schädlingsvertilgung.

Die Stadtverwaltung hat zur Schädlingsvertilgung einen Zyklonapparat angeschafft.

Eine Zyklondurchgasung ist für alle Einrichtungsgegenstände unschädlich und tötet Ratten, Mäuse, Kakerlaken, Wanzen, Flöhe, Läuse, Mücken, Fliegen, Kleider- und Pelzmotten mit ihrer Brut.

Die Bedienung erfolgt durch die städtischen Entseuchungsbeamten. Der Preis für die Durchgasung eines Raumes bis 50 Kubikmeter beträgt 50,— Mk., bis 100 Kubikmeter 90,— Mk., bis 150 Kubikmeter 130,— Mk., bis 200 Kubikmeter 170,— Mk. Größere Räume nach besonderer Vereinbarung.

Bestellungen zur Durchgasung werden im Stadtgesundheitsamt Trankgasse 7, Eingang F, Zimmer Nr. 114, entgegengenommen.

Bochum, den 18. Juli 1921.

Der Magistrat.
Gesundheitsamt.

Bekanntmachung.

Infolge der Kohlenpreiserhöhung im Monat Juli ds. Js. stellen sich die Gaspreise ab 1. August ds. Js. in den Gemeinden **Günnigfeld** und **Hordel** wie folgt:

Leuchtgas	113 Pf.	p. 1 cbm
Koch-, Heiz- u. Motorgas	108 „	„ 1 „
Automatengas . . .	115 „	„ 1 „

Bochum, den 15. Juli 1921.

Elektrizitätswerk Westfalen
Aktiengesellschaft
Abt. Gaswerke.

Gemeinde Gerthe.

Bekanntmachung.

Der Entwurf zum Haushaltsanschlag der Gemeinde Harpen für das Rechnungsjahr 1921 liegt zur Einsichtnahme der Gemeindeeingesessenen vom 21. ds. Mts. ab 14 Tage lang im Amtshause, Zimmer Nr. 7, offen.

Gerthe den 13. Juli 1921.

Der Amtmann.

Amt Bladenhorst.

Bekanntmachung.

Die Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H. in Bladenhorst hat die gewerbepolizeiliche Genehmigung nachgesucht, auf dem Grundstück Flur 4, Parzelle 152/50 der Steuergemeinde Bladenhorst eine Teerdestillation zu errichten.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind innerhalb 14 Tage vom 22. d. Mts. ab bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Das Projekt liegt während dieser Zeit auf dem Bauamt des hiesigen Amtes zur Einsicht der Beteiligten auf.

Falls Einsprüche rechtzeitig erhoben werden, findet deren mündliche Erörterung am 6. August 1921, vormittags 11 Uhr, vor dem Unterzeichneten statt.

Im Falle des Ausbleibens der Unternehmerin oder der Widersprechenden wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.

Bladenhorst, den 19. Juli 1921.

Der Amtmann: Abée.

Miets-Gesuche

Wohnungstausch!

Schöne räumige Parterrewohnung, mit Hof, 2 Mansarden, 2 Kellern, 100 Meter vom Rathaus, bestituiert, geeignet für Privatwohnung oder auch für Büro- und Geschäftszwecke, gegen 5—6räumige abgeschlossene Parterre- oder 1. Etagenwohnung in der Stadt od. in Ehrenfeld zu tauschen gesucht. Anzufragen nachmittags. Wo, sagt Gesch. d. Stg.

Gesucht zum 15. August in Bochum für jungen Kaufmann

möbliertes Wohn- und Schlafzimmer

möglichst mit Telefonanschluß evtl. mit Verpflegung und Familienanschluß. Offerten unt. **V. 2165** an Büttners Ann.-Exp. Oldenburg i./O.

Abteilungschef und Lagerist suchen je

ein möbliertes Zimmer

möglichst in einem Hause spätestens bis 15. 8. Offerten unter **W. K. 754** an die Gesch. d. Stg.

Jüngerer Herr sucht

möbliertes Zimmer

in gutem Hause, möglichst mit voller Pension. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Stg. erb. unt. **C. D. 3050.**

Tätige Stellen

Redegewandte

Herren und Damen

für Reisetätigkeit, (Photos f. Schmuck) guter Verd., stellt dauernd ein

Vögel & Co., Dortmund, Weberbleichstr. 51 a, Vers. Vorst. Bedingung, 6—9 Uhr abends.

Nebenverdienst!

Herren u. Damen verdienen mtl. Mk. 1000,00. Leichte häusl. Tätigkeit. Sof. Verdienst. Str. reell. Muster u. Anleitung geg. Mk. 4.00. **Paul Busse,** Ohle i. W. 22.

Einen

Lehrling

mit Einjährigen-Zeugnis für das kaufmännische Büro eines hiesigen Rohrleitungswerkes zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote sind unt. Nr. **3102** an die Geschäftsst. dieser Zeitung zu richten.

Städtisches

Arbeitsamt

Bochum, Trankgasse Nr. 7, Eingang E, Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 118, sucht:

Mechaniker, ältere Hammerschmiede, ältere Radsatz- und Plandrehdreher, Maler und Anstreicher, Maurer, Bauschreiner.

Abteilung für Lehrlinge:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 144 sucht:

Kaufmann, Maler u. Anstreicher, Küfer, Messerschmied, Schmied.

Die weibliche Abteilung:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 119, sucht:

Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, ½-, ¾- und Tagesmädchen, Stützen, jüngere und ältere Mädchen für Landwirtschaft, perfekte Köchinnen hier und auswärts für Privathaushalt, 1 Gutswirtschafterin, Viehmädchen für auswärtige Anstalt, 1 perfekte Hausweißnäherin, Haus-, Herd- und Zimmermädchen für Pensionsbetrieb nach auswärts, Oberhemden-Näherinnen (Heimarbeit), tüchtige Stenotypistin für auswärts.

Abteil. für Lehrmädchen:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 145, sucht:

Mädchen für häusliche Berufe auf dem Lande, Kolonialwarenhandlung (auch auswärts).

Bess. Mädchen

für Küche und Hausarbeit baldigst gesucht. Frau Justizrat Reers, Wattenscheid, Kaiserplatz.

Eine jüngere

Kontoristin

möglichst mit 1—2jähriger Büropraxis, perfekt in Schreibmaschine u. Stenografie, zum 1. Aug. gesucht. Selbstgeschr. Angeb. unter Beifügung von evtl. Zeugnissen unter Nr. **3121** an die Geschäftsst. d. Stg.

Schneiderin empfiehlt sich z. Anf. v. **Damen- u. Kinderjaquetten,** Ferdinandstr. 39.

Für sofort

tüchtige, erfahrene

Zuschneiderinnen

und

erste Arbeiterinnen

bei hohem Gehalt

gesucht.

Enka-Schürzenfabrik
Nickel & Co., Herne,
v. d. Heydtstr. 51. Telefon 1128.

Für den Bezirk **Querenburg** zuverlässige

Zeitungsbotin

gesucht.

Märkischer Sprecher
Buddenbergstr. 11.

Verkäufe

Pianos,

neue, mit und ohne Vorkaufsrecht zu vermieten.

J. L. Rebbert,
Lothringerstr. 10/12, zwischen Alleestraße und Moltkeplatz.

Budenplane Wagendecken Waggondecken

Markisen-Segeltuch aus Heeresbest. der Marine, teils wenig gebrauchte und neue Ia. Friedensqualitätsware als spottbilliger Gelegenheitskauf verkauft im Lagerhaus Dortmund, Humboldtstraße 12a, Hinterhaus. Tel. 8739.

Pianos,

gebraucht, wie neu aufgearbeitet, preisw. abzug. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Pianohaus J. Marks,
Kaiser-Wilhelmstr.

National-Registrierkasse

zu verkaufen.

Storch & Co., Herne
Bahnhofstraße 11.

24 Bände Meyers gr. Konversations-Lexikon

6. Auflage, bill. zu verk. Castroperstr. 72a.

Kaufgesuche

Junges Ehepaar sucht

Schlafzimmer-Einrichtung

zu kaufen. Gefl. Offerten mit Preis unter **P. D. 80** an die Gesch. d. Stg.